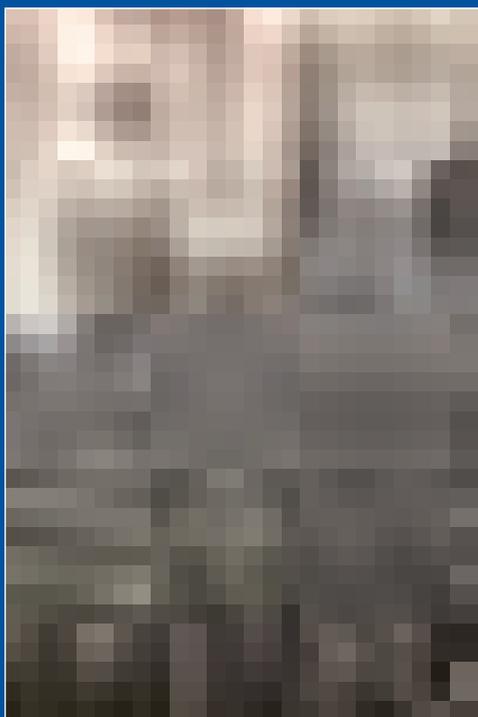


Blickpunkt Hessen

Walter Mühlhausen

Revolution
über Hessen -

Demokratie-
gründung
1918/19



Revolution über Hessen - Demokratiegründung 1918/19

Verfasser:

PROF. DR. WALTER MÜHLHAUSEN (geb. 1956 in Eichenberg/Nordhessen), Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg. Er lehrt nebenberuflich als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt und ist unter anderem Mitglied der Kommission für Politische und Parlamentarische Geschichte des Landes Hessen beim Hessischen Landtag.

*Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der HLZ dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.*

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Portraits bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur.

Die Schriftenreihe „Blickpunkt Hessen“ erscheint als Eigenpublikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden

Herausgeberin: Angelika Röming
Gestaltung: G-S Grafik & Satz GbR, Wiesbaden, www.grafiksat.de
Druck: mww.druck und so GmbH, Mainz-Kastel
Erscheinungsdatum: Mai 2018
Auflage: 2.000
ISSN: 1612-0825
ISBN: 978-3-943192-45-2

Bildnachweis:

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn: S. 13 (6/FOT A 119801), S. 22 (6/FOT B 002610)
Historisches Museum der Stadt Frankfurt a. M.: S. 18, S. 30 (Repros: Horst Ziegenfusz)
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a. M.: S. 2, S. 10, S. 20
Medienzentrum Hanau - Bildarchiv: S. 29
Stadtarchiv Darmstadt: S. 4, S. 8 (jeweils ST 53)
Stadtarchiv Kassel: S. 14 (0.552.296, Fotograf: Carl Eberth)
Stadtarchiv Oberursel: Umschlag/S. 9 (Slg. III 35_1)
Stadtarchiv Wetzlar: S. 24 (Sammlung Plakate: Erster Weltkrieg),
S. 25 (Sammlung Fotos: Ereignisse)

Revolution über Hessen - Demokratiegründung 1918/19

„Revolution!“ schlagzeilte der „Hessische Volksfreund“, die Zeitung der Darmstädter SPD, am 8. November 1918.¹ Die wenige Tage zuvor von den revoltierenden Matrosen der Kriegsmarine an Nord- und Ostsee entfachte, von der kriegsmüden, ausgehungerten und demoralisierten Bevölkerung durch das Land getragene revolutionäre Fackel loderte nun auch in den hessischen Gebieten. Ausgangspunkt war die Meuterei in den Marinestützpunkten der Nord- und Ostsee, wo sich die Marinesoldaten gegen den Befehl der Seekriegsleitung stellten, zu einem letzten Gefecht, das den sicheren Untergang bedeutet hätte, auszulaufen.

Das heutige Hessen umfasste zu diesem Zeitpunkt, am Ende des Ersten Weltkriegs, Gebiete vier unterschiedlicher Territorien: die zum dominierenden größten Flächenstaat Preußen gehörende Provinz Hessen-Nassau mit der Hauptstadt Kassel, unterteilt in die Regierungsbezirke Kassel (vormals Kurhessen) und Wiesbaden (vormals Nassau), das Großherzogtum Hessen(-Darmstadt) sowie das halbsouveräne, aufgrund eines Akzessionsvertrages in preußischer Abhängigkeit stehende Fürstentum Waldeck-Pyrmont und den zur preußischen Rheinprovinz zugehörigen Kreis Wetzlar, der 1932 zu Hessen-Nassau kam. Das sind im Wesentlichen die Teile, aus denen 1945 das Land Groß-Hessen geschaffen werden sollte, unter Verlust von Gebieten an die

französische Zone und somit an das später gegründete Land Rheinland-Pfalz wie das einstmals zu Hessen-Darmstadt zählende linksrheinische Rheinhessen und vier nassauische Kreise rechts des Rheins, die in der nachfolgenden Betrachtung keine Berücksichtigung finden.

Im nunmehr fünften Kriegsjahr, nachdem von der militärischen Führung Ende September 1918 die Niederlage eingestanden worden war, brach sich eine nach Frieden, Freiheit und Brot sehende Umsturzbewegung Bahn. Eine der eindrucksvollsten Kundgebungen fand am Nachmittag des 8. November in Offenbach statt, wo mehrere Tausend ihre Arbeit niederlegten und auf dem Alice-Platz zusammenströmten, um unter sozialdemokratischer Führung Waffenruhe und Demokratie zu fordern.² Selbst in kleineren Städten artikuliert sich Protest: In Oberursel gingen am gleichen Tag 1.000 Arbeiter einer Motorenfabrik auf die Straße und verlangten eine bessere Versorgung und eine Änderung der politischen Verhältnisse: Es ging ihnen um die Republik.³ In der Heimat und an der Front griff immer mehr Kriegsverdrossenheit um sich, getragen von der Erkenntnis, dass der Frieden nicht mit denen erreicht werden konnte, die Deutschland im August 1914 sehenden Auges leichtfertig in den Weltenbrand geführt hatten. Das alte Reich brach im revolutionären Sturm wie ein Kartenhaus zusammen.

Nicht alle erkannten die Zeichen der Zeit: Am 8. November ging der Landtag im Großherzogtum Hessen noch mit der Zuversicht auseinander, sich am 12. November wieder zu versammeln.⁴ Ein Irr-

glaube. In den Nachmittagsstunden des 8. November trafen sich in Darmstadt politische und militärische Vertreter zu einer Besprechung über die Lage, der auch Großherzog Ernst Ludwig beiwohnte, der



Der Aufruf des von der USPD gebildeten provisorischen Aktionskomitees in Frankfurt vom Morgen des 9. November 1918 verkündet: „Der große Wellenschlag der Völkerbefreiung hat auch Frankfurt erfasst.“

es – in Verkennung der Zuspitzung der Situation – erst einen Tag zuvor für notwendig erachtet hatte, aus Schloss Wolfsgarten in der Nähe von Langen in die Landeshauptstadt zurückzukehren. Bei dieser Zusammenkunft skizzierte der Gewerkschaftsfunktionär und SPD-Stadtverordnete Heinrich Delp die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft als ruhig und besonnen und der Stadtkommandant malte das Bild von Disziplin und Ordnung in den Kasernen.⁵ Eine eklatante Fehleinschätzung. Denn kurz darauf traf die Nachricht ein, dass auf dem Truppenübungsplatz in Griesheim vor den Toren Darmstadts die dort stationierten Reserveeinheiten einen Soldatenrat gebildet hatten. Von Griesheim, der „Keimzelle der Revolution“ im Großherzogtum⁶, griff die Revolte rasch auf die Darmstädter Garnison über. Am Abend wollten Soldaten das Neue Palais stürmen und den Großherzog festsetzen, was Delp mit einer Beschwichtigungsrede gerade noch zu verhindern wusste.

Das Ende der Monarchie stand unmittelbar bevor. Der 9. November sollte den Systemwechsel bringen, denn es war keineswegs nur eine „Massenkomödie, ausgeführt von dummen Jungens“, wie der Direktor des Frankfurter Lebensmittelamtes in totaler Verkennung von Wucht und Breite der revolutionären Bewegung am 9. November 1918 in sein Tagebuch schrieb.⁷ Dieser Tag beendete das deutsche Kaiserreich nach fast 48 Jahren – unumkehrbar.

Die zentralen Entscheidungen fielen in Berlin. Der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden verkündete eigenmächtig die Abdankung des sich lange sträubenden Kaiser Wilhelm II.; der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert

wurde Reichskanzler; sein Mitvorsitzender, der gebürtige Kasseläer Philipp Scheidemann, rief von einem Balkon des Reichstages die Republik aus und versetzte damit der bereits auf dem Totenbett aufgebahrten Monarchie den finalen Stoß.

Der Systemwechsel vollzog sich wie in Berlin auch in Hessen ohne größere Kämpfe und Verwerfungen: „[Es] hat jetzt bei uns eine große Umwälzung stattgefunden [...]. Deutschland ist kein Kaiserreich mehr, es ist mit einem Schlag demokratisiert. [...] es verläuft alles ruhig und ohne Blutvergießen“, schrieb ein Griesheimer am 10. November 1918 seinem Sohn an der Front, ohne das Wort „Revolution“ zu gebrauchen.⁸ Aber es war eine. Und der Krieg endete. Am 11. November wurde der Waffenstillstand unterzeichnet. An diesem Tag verstarb der letzte Kriegstote aus Hanau in einem Lazarett in Ratzeburg, wo er seinen im Mai des Jahres auf der Krim erhaltenen Verwundungen erlag.⁹

1. Zu spät: Reformen im Reich und in Hessen

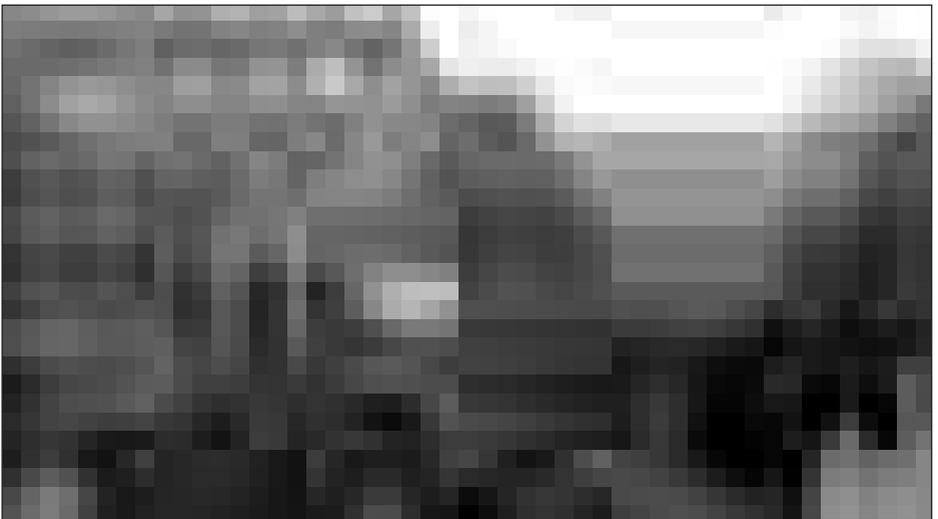
Die Erosion der Heimatfront ab dem Jahreswechsel 1916/17 wurde durch den Unwillen der Regierung zu demokratischen Reformen, wie sie vor allem die SPD forderte, zusätzlich angefacht. Denn zu mehr als unverbindlichen Absichtserklärungen war der Kaiser nicht zu bewegen. Die hessische Sozialdemokratie unternahm Ende April 1917 im darmstädtischen Landtag einen Vorstoß zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und fand hierin die Unterstützung der liberalen Fortschrittspartei. Wie auch auf Reichsebene,

wo sich Zentrum, Liberale und Sozialdemokraten im Juli 1917 zum Interfraktionellen Ausschuss als einem informellen Kooperationsgremium zusammenfanden und ihre Politik – wenn auch ohne große Durchschlagskraft – abstimmten, so brach auch im Hessischen die Frontstellung der bürgerlichen Parteien gegenüber den Sozialdemokraten auf, die man in der Vorkriegszeit als Landesverräter ausgegrenzt hatte. Im Oktober 1917 erfolgte die Einsetzung eines von allen Fraktionen des großherzoglichen Landtages beschickten 14-köpfigen Verfassungsausschusses. Aber dieser sollte auf die weitere verfassungsrechtliche Entwicklung keinen nachhaltigen Einfluss ausüben, denn erst ein Jahr später zeigte sich das großherzogliche Staatsministerium zu politischen Reformen bereit. In der Zwischenzeit verschlechterte sich die Lage sowohl an der Front als auch in der Heimat dramatisch.

Zu Beginn des Jahres 1918 erschallte der Ruf nach Frieden, Freiheit und Brot immer lauter. Das von den

großen Streiks in den Berliner Munitionsbetrieben ausgehende Signal erreichte auch die Provinz. Etwa 10.000 Arbeiter traten in Kassel in den kurzfristigen Ausstand und brachten in zahlreichen Versammlungen ihre Friedenssehnsucht zum Ausdruck.¹⁰ Die Streiks vom Januar 1918 waren Ausfluss sich verschärfender Klassenspannungen und Vorboten der Revolution zehn Monate später, als sich Unmut und Friedensdrang endgültig Bahn brachen, denn Durchhalteparolen und Verherrlichung des Massensterbens als „Heldentod für das Vaterland“ erreichten die Bevölkerung nicht mehr.

Am 26. Oktober verkündete der hessische Staatsminister Carl von Ewald die Bereitschaft Ernst Ludwigs zur demokratischen Fortentwicklung. Damit folgte das Großherzogtum dem Reich. In Berlin war Anfang Oktober unter Prinz Max von Baden die erste parlamentarisch gestützte Regierung aus der Taufe gehoben worden: Ihr gehörten erstmals auch Sozialdemokraten an, unter ihnen Philipp Scheidemann. Mit den Ende



November 1918: Massendemonstration auf dem Luisenplatz in Darmstadt.

Oktober verabschiedeten Reformen verankerte die Regierung die lang angemahnte Demokratisierung.

Doch die Neuorientierung im Reich und der Reformwille des Großherzogs kamen viel zu spät, als dass beides in der kriegsmüden, ausgehungerten und von einer weiteren Welle der todbringenden Spanischen Grippe heimgesuchten Bevölkerung noch auf irgendeinen nennenswerten positiven Widerhall stieß. So besaßen die Worte des hessischen SPD-Führers Carl Ulrich große Berechtigung, als er am 29. Oktober 1918 vor dem Landtag auf demokratische Reformen drängte und mit gutem Grund behaupten konnte, dass man des Öfteren mit Entscheidungen „zu spät gekommen“ sei.¹¹ Es war in der Tat zu spät, viel zu spät. Oder mit den Worten Ulrichs in seinen Erinnerungen: „Es ging im Galopp“, aber es „war vergebliche Arbeit“.¹²

Die Chance für ein durch Reform von oben eingeleitetes Hinübergleiten in die Demokratie war verspielt. Der am 8. November von Ernst Ludwig eingesetzte Allparteien-Staatsrat trat zwar am Mittag des 9. November zusammen, erlangte aber keine Bedeutung mehr.

2. Der Umsturz in den hessischen Landen

„Eins, zwei, drei: Im Sauseschritt. Eilt die Zeit; wir eilen mit. [...] Deutschland marschiert zur Volksrepublik. [...] Die Totenglocke des Herrschaftsstaates läutet. Die neue Zeit bricht an!“ Mit diesen lyrischen Zeilen verkündete die „Volksstimme“, die Tageszeitung der Frankfurter SPD, am 9. November 1918 unter der Überschrift „Vorán zur deut-

schén Republik“ eine neue Zeit.¹³ Einen Tag später machte sich eine SPD-Delegation aus der nordhessischen Kreisstadt Eschwege nach Kassel auf, um Näheres über die Lage zu erfahren und um sich der „Bewegung, die sich gegenwärtig im Reich vollziehe“, anzuschließen.¹⁴ Die „Bewegung“ – das war nichts weniger als der Umsturz, der in größeren und mittleren Städten schon zur Übernahme der Macht durch spontan gebildete Arbeiter- und Soldatenräte geführt hatte, auch in Kassel. Doch die Eschweger wandten sich nicht an den einen Tag zuvor in der Provinzhauptstadt gebildeten Arbeiter- und Soldatenrat als der nun entscheidenden Instanz der neuen Zeit, sondern – mit obrigkeitstaatlichem Pflichtbewusstsein – an den noch im Amt befindlichen (königlichen) Regierungspräsidenten. Der Staatsdiener, der sich bereits den neuen Gegebenheiten gefügt hatte, erläuterte die Lage, entließ die sozialdemokratischen Kundschafter mit dem Hinweis, dass der zu bildende Arbeiter- und Soldatenrat in Eschwege für den dortigen Kreis zuständig sein müsse und dem zentralen Revolutionskomitee in Kassel unterstehe. Wie aufgetragen, konstituierte sich am nächsten Tag in Eschwege ein revolutionäres Organ. Die Revolution hielt damit auch im Werrastädtchen Einzug, so ganz und gar nicht romantisch-revolutionär mit dramatischer Zuspitzung, sondern eher wie ein verwaltungsmäßiger Akt.

In den Tagen um den 9. November 1918 rissen Arbeiter- und Soldatenräte die Macht an sich. Den Anstoß gaben vor Ort stationierte oder von außen in die Städte einziehende Soldaten. In der Mehrzahl stellten sich die weithin von der Revolution

überraschten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Funktionäre umgehend an die Spitze der Bewegung, um sie zu steuern und ein Abgleiten in Chaos und Desorganisation zu vermeiden. Oft agierten dabei Vertreter der SPD gemeinsam mit Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Die USPD hatte sich 1917 aus Gegnerschaft zur Burgfriedenspolitik abgespalten. Ihnen gegenüber stand die an dem Kurs festhaltende alte SPD, die seither „Mehrheitssozialdemokratie“ genannt wurde.

Die Revolution verlief in Hessen wie im Reich ohne Donnerhall und Kämpfe. Kassels liberaler Oberbürgermeister Erich Koch-Weser notierte sachlich-kühl zum 9. November in sein Tagebuch: „Das also war der denkwürdige Tag, an dem die alte Ordnung hier so beschämend zusammengebrochen ist. [...] Der Arbeiter- und Soldatenrat ist gegründet und hat die Herrschaft in der Stadt an sich genommen. Auch die militärischen Behörden haben sich gefügt. Die Sache ist in der Form vor sich gegangen, dass hier heute Morgen aus Köln Soldaten angekommen sind, die die Bahnhofswache, die angeblich aus zuverlässigen Leuten der Garnison bestand, entwaffnet haben, ohne auf Widerstand zu stoßen. [...] Dann haben sie die Militärgefangenen befreit. Inzwischen hat sich auch die hiesige Garnison und die hiesige Arbeiterschaft auf den gleichen Standpunkt gestellt.“¹⁵

Im militärischen Zentrum Kassel, in dessen Schloss Wilhelmshöhe die Oberste Heeresleitung (OHL) unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg am 14. November Quartier beziehen sollte, hatte sich in der Nacht vom 8. auf den

9. November ein Arbeiter- und Soldatenrat unter Führung der Mehrheitssozialdemokratie zusammengefunden, die als eine traditionell gemäßigte Kraft großen Einfluss auf die Entwicklung ausübte. Der zentrale Rat erklärte sich schon bald für ganz Kurhessen zuständig. Am 12. November wurde die Einsetzung einer parlamentarischen Vollversammlung aus je 300 Soldaten und Arbeitern beschlossen. Wie in Kassel, so geschah es auch andernorts in Hessen.

Nach der Bildung eines Soldatenrates in Griesheim kam es in Darmstadt in der Folge einer Kundgebung der Arbeiterschaft am Vormittag des 9. November zur Formierung eines Arbeiter- und Soldatenrates, bestehend aus vier Sozialdemokraten und einem bürgerlichen Vertreter. In Offenbach organisierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter am 8. November eine große Friedenskundgebung, auf der auch politische Forderungen erhoben wurden. Am Abend erklärte sich ein Arbeiter-Aktionsausschuss umgehend zur neuen Macht in der Lederwarenstadt, tags darauf fanden sich SPD, USPD und auch Liberale zu einem Arbeiter- und Soldatenrat zusammen.

In Frankfurt gaben meuternde Matrosen, die „Sturmvoegel der Revolution“¹⁶ – die ersten 150 mit dem Zug am Abend des 7. November eintreffend –, das Signal für den Umsturz. Massendemonstrationen folgten. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den sich befehdenden sozialdemokratischen Lagern, wobei die USPD die Führung für sich beanspruchte und eine Kooperation mit den wegen ihrer Beteiligung an der Regierung

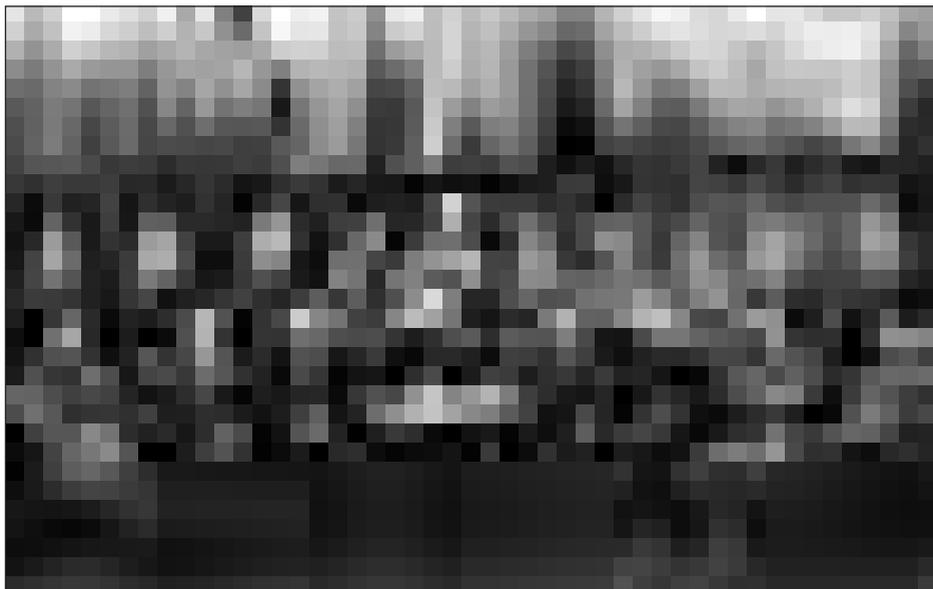
Max von Baden als „Kaiser-Sozialisten“ abqualifizierten Mehrheitssozialdemokraten ablehnte, konstituierte sich ein von SPD und USPD paritätisch besetzter Revolutionsrat. Dieser ließ sich am 18. November auf einer regionalen Konferenz als südhessische Zentrale legitimieren und scheint weit über Nassau hinaus die Führung beansprucht zu haben. Offensichtlich kam es in der Folge zum Kompetenzgerangel mit der neuen Darmstädter Regierung unter dem Sozialdemokraten Carl Ulrich, der in der dritten Revolutionswoche die nachgeordneten Behörden aufforderte, Weisungen von außerhessischen Arbeiter- und Soldatenräten, explizit aus dem preußischen Frankfurt, nicht zu befolgen. Diese seien überhaupt nicht befugt, in „unsere hessische Verwaltung einzugreifen“.¹⁷

Am 14. November hatten sich die hessen-darmstädtischen Arbeiter- und Soldatenräte zu ihrer ersten Landeskonferenz in Offenbach versammelt und ihrerseits erklärt, der Darmstädter Zentrale zu unterstehen. In Darmstadt residierte als Landesorgan ein durch Vertreter aus den drei Provinzen und der vier größeren Städte erweiterter „Hessischer Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat“, der sich dann am 9. Dezember 1918 aufgrund der im Waffenstillstand verfügten Entmilitarisierung der neutralen Zone und dem damit verbundenen Truppenabzug aus diesen Gebieten als „Hessischer Landesvolksrat“, eben ohne Soldatenvertreter, konstituierte.

In Wiesbaden formierten sich, angefeuert von aus Köln gekommenen Marinesoldaten, am Morgen des 9. November in den stationierten Einheiten jeweils Soldatenräte, die mit dem am Abend nach Großver-

sammlungen paritätisch aus SPD und USPD gebildeten Arbeiterrat erste Maßnahmen zur Sicherung der Macht ergriffen. Doch die Herrschaft des gemeinsamen Revolutionsorgans, der für sich die vollziehende Gewalt beanspruchte, währte nur fünf Wochen, bis am 13. Dezember gemäß Waffenstillstandsabkommen französische Besatzungstruppen einmarschierten. Sie bestimmten von nun an die Geschicke der Stadt und lösten sogleich den Arbeiter- und Soldatenrat und die zur Sicherheit gebildete Volkswehr auf.

In dem auch von Matrosen revolutionierten Gießen vereinigte sich der Soldatenrat mit dem im Gewerkschaftshaus von je drei SPD- und USPD-Männern gebildeten Arbeiterkomitee am Abend des 9. November zum Arbeiter- und Soldatenrat. Hier in der großherzoglichen Universitätsstadt wie auch an anderen Orten sammelte sich das Bürgertum mit einiger Zeitverzögerung in sogenannten „Bürgerräten“ zur Wahrung seiner Interessen gegenüber den neuen Machtinstitutionen der Arbeiterbewegung. Sie sollten, so die Auffassung nicht nur in Wiesbaden, als ein bremsender „Klotz in der Umwälzung“ fungieren, also den Weg nach links verhindern.¹⁸ Wie in Wiesbaden, so sah der zehnköpfige Wetzlarer Revolutionsrat, in dem neben drei Soldaten vier Vertreter der USPD und drei der SPD saßen, keine Notwendigkeit zur Kooperation mit dem am 22. November zur Bündelung der Interessen des Bürgertums gebildeten Bürgerrat, was zu einer Beeinträchtigung des Verhältnisses mit den städtischen Behörden führte. Als erstes hatte sich am 10. November ein Soldatenrat zu



Der Volkszugausschuss des „Hessischen Landesvolksrats“ in Darmstadt im Dezember 1918, darunter der Vorsitzende Wilhelm Knoblauch (sitzend 4. v. l.) und der spätere Bürgermeister der Stadt, Heinrich Delp (sitzend 3. v. l.), beide SPD.

Wort gemeldet, der tags darauf mit Männern der Arbeiterschaft zum Arbeiter- und Soldatenrat erweitert wurde, der zwei Tage später mit einer Volksversammlung am Domplatz an die Öffentlichkeit trat.

In den flächendeckend gebildeten hessischen Revolutionsorganen dominierte die SPD. Die USPD rangierte weit hinter der Mutterpartei. Die mittelgroße Industriestadt Hanau stellte insofern eine Ausnahme dar, als in dem bereits am 8. November geschaffenen Arbeiterrat die dort von Beginn an überaus starke USPD die Führung innehatte.

Im katholisch geprägten Fulda, wo Vertreter der katholischen Zentrumspartei sogar den Arbeiter- rat dominierten, und in der Universitätsstadt Marburg sowie in zahlreichen weiteren Klein- und Mittelstädten Hessens arbeiteten

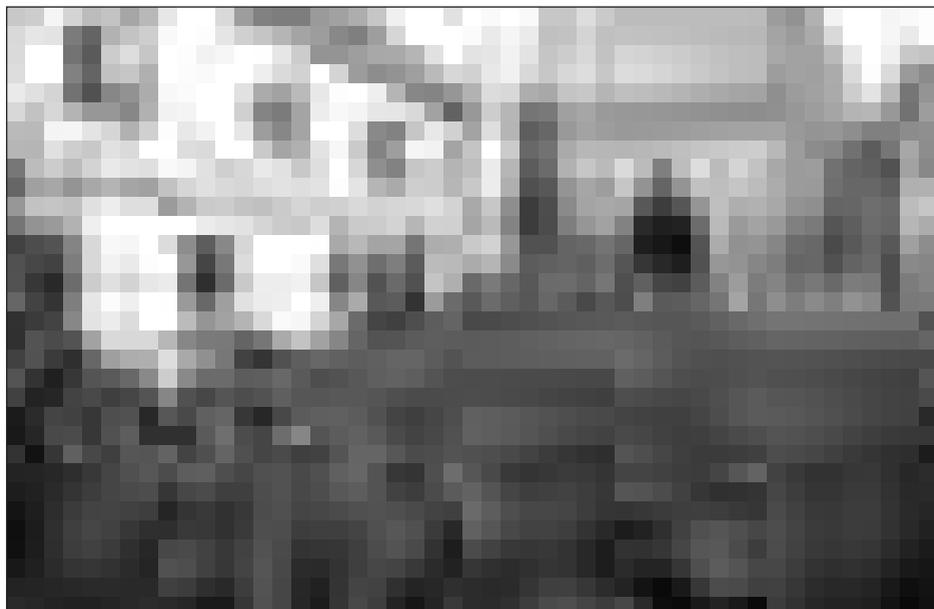
von Anfang an sozialdemokratische und bürgerliche Kräfte Hand in Hand. Die Revolution wurde in vielen Klein- und Mittelstädten nur als „ein fernes Feuerchen“ wahrgenommen.¹⁹ Jenseits der Großstädte ging der Umsturz ohne Aufregungen vonstatten. Alles bewegte sich in geordneten Bahnen; ohne Störungen nahm das platte Land, wo sich mit einiger Zeit auch Bauernräte zusammenfanden, das Ende der Monarchie zur Kenntnis, auch wenn einige junge Soldaten „innerhalb der Dorfgemeinschaft ein wenig ‚Revolution zu machen‘“ versuchten und neben der gewählten Vertretung der Bauern noch eine für Soldaten installieren wollten, wie ein Dorfpfarrer im Raum Gießen notierte.²⁰ Das gelang ihnen nicht.

Es war ein nahezu kampffloser Umsturz. „Kein Tropfen Blut ist ge-

flossen“, hieß es in einem Aufruf des Darmstädter Arbeiter- und Soldatenrates an die Soldaten, der zudem zum Gehorsam gegenüber den jetzt selbstgewählten Vorgesetzten aufforderte.²¹ Die örtlichen Behörden – die städtischen und regionalen Verwaltungen sowie auch, zu aller Überraschung, die militärischen Kommandozentralen – unterstellten sich ohne großen Widerstand den neuen revolutionären Machthabern. Nicht nur der kommissarische Landrat in Hanau begab sich rasch „auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen“²² und erkannte die Macht des Revolutionsrates an, der ihn im Gegenzug für sein Stillhalten im Amt bestätigte. In Kassel blieben Oberpräsident und Regierungspräsident, Polizeipräsident und der Landeshauptmann des kurhessischen Bezirkskommunalverbandes auf ihren

Posten und ordneten sich dem Revolutionsorgan unter, dem Oberbürgermeister Koch-Weser sogleich Räumlichkeiten im Rathaus zuwies. Auch das Generalkommando als zentrale militärische Instanz und die Garnison unterwarfen sich der neuen Macht.

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt, wo sich der liberale Oberbürgermeister Georg Voigt bereits in der Nacht zum 9. November dem neuen Revolutionsorganen zur Verfügung stellte, erklärte sich alsbald bereit, den Arbeiter- und Soldatenrat, wie von diesem gefordert, „als höchste Vertretung der Stadt anzuerkennen“.²³ Das war in Hessen durchweg der Fall. Der ebenfalls dem politischen Liberalismus zuneigende Offenbacher Oberbürgermeister Andreas Dullo verpflichtete sich am 14. November vor den Stadtverordneten, der in



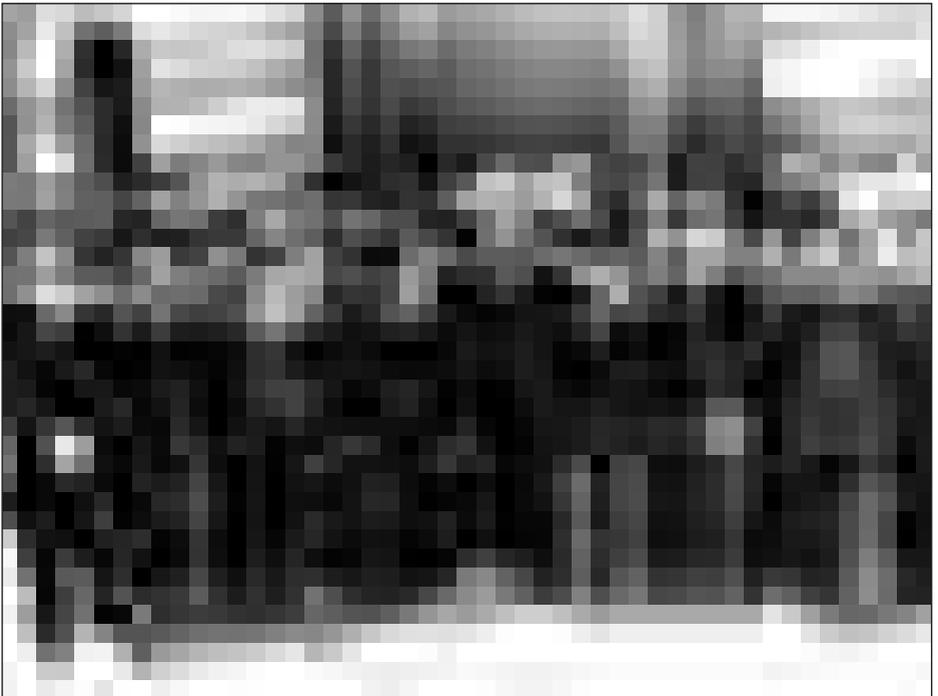
Selbst in der kleinen Taunusstadt Oberursel drängen die Massen auf die Straße: Am 11. November 1918 bekräftigen 2.000 Einwohner auf dem Marktplatz ihren Kampfeswillen für die Demokratie.

Darmstadt gebildeten Revolutionsregierung Folge zu leisten. So beschränkten sich die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte zumeist auf Aufsicht der städtischen Körperschaften, ohne wesentlich in deren Verwaltungshandeln einzugreifen. Das gilt auch für das katholisch geprägte Limburg, wo Bürgermeister Philipp Haerten zu Ruhe und Besonnenheit aufrief und versicherte, dass der Dienst der Behörden „in geordneter Weise weitergehe“. Hier endete die Arbeit des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates, der die kommunalen Körperschaften lenken wollte, schon nach einem Monat.²⁴

Die örtliche Verwaltung musste laufen und sie lief in den bisherigen Bahnen, auch wenn an manchem Rathaus nun die revolutionäre rote Fahne wehte. Einige zentrale

Ämter wurden neu besetzt. So wurde in Frankfurt der nach Ausbruch des Krieges vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie gestoßene Hugo Sinzheimer, später als Professor in Frankfurt und Verfechter der Mitbestimmung der Vater des deutschen Arbeitsrechts, neuer Polizeipräsident; auch der Kommandeur der Garnisonstruppen wurde ausgetauscht. Ein personelles Revirement blieb jedoch eher die Ausnahme, betraf allenfalls einige wenige Schlüsselpositionen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte brachten ihre Anhänger zu Massenversammlungen auf die Straße, um ihre neue Kraft zu zeigen und zu unterstreichen, dass der weitere Weg in eine neue Ordnung führen musste. Mit der Anerkennung der revolutionären Organe durch die



Mitglieder des Marinesicherungsdienstes vor dem Hauptbahnhof in Frankfurt.

alten zivilen und militärischen Instanzen und dem Ausbleiben einer Gegenrevolution gab es kein Zurück mehr. Zugleich ergriffen die neuen Machthaber Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, bauten Sicherheits- oder Volkswehren auf, die die neuralgischen Punkte wie Lebensmitteldepots und Verkehrsadern kontrollierten. Daneben formulierten die Räte mit unterschiedlicher Intensität und Nachdruck Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen. SPD und weite Teile der USPD waren sich einig in dem Ziel einer parlamentarischen Demokratie, wobei die Unabhängigen die Wahlen hinauschieben und zuvor Reformen umsetzen wollten, während die SPD baldmöglichst demokratische Organe aufbauen und diesen den weiteren Reformprozess anvertrauen wollte. Dabei galt vor allem für die SPD die anzustrebende, bald zu wählende „Nationalversammlung als Bollwerk der Demokratie und des Sozialismus“.²⁵

Eine dauerhafte Herrschaft der Räte, gar eine von vielen befürchtete Errichtung einer Diktatur des Proletariats, die einige in der USPD und die radikal-revolutionäre Linke der Arbeiterbewegung, angeführt vom „Spartakusbund“, zum Ziel hatten, stand nicht auf der Agenda. Vielmehr sah sich die überwiegende Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte als Treuhänder der Macht. Sie wollten Sicherheit und Ordnung auf dem Weg in die Demokratie gewährleisten, nicht permanent die Macht an sich reißen. So gab der Darmstädter Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat bereits am 10. November seine Macht im Grunde genommen an die Volksvertreter zurück, als er die SPD-Fraktion beauftragte, eine

neue Landesregierung zu bilden. Der in jungen Jahren im Kaiserreich verfolgte und inhaftierte Carl Ulrich, seit 1885 Landtagsabgeordneter und unbestrittener Führer der SPD im Land, war durch die Revolution zum neuen starken Mann im ehemaligen Großherzogtum geworden.

3. Die Kronen fallen - das Ende der Monarchien

Die Revolutionäre stießen auch in Hessen die fürstlichen Kronen in den Staub der Geschichte. Der seit 1893 regierende Fürst Friedrich von Waldeck und Pyrmont, der gerade sein 25-jähriges Thronjubiläum gefeiert hatte - angesichts des Krieges aber ohne großen Pomp, lediglich mit einem öffentlichen Gottesdienst -, weigerte sich beharrlich, freiwillig zurückzutreten, wie es der von 30 Waldeckischen Soldaten gegründete Revolutionsrat gefordert hatte. Daraufhin verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat von Arolsen am 13. November unter Weisung des sich für Nordhessen zuständig fühlenden Kasseler Revolutionsrates die Absetzung des Fürsten, der den Erlass bürokratisch knapp mit den Worten bestätigte: „Kenntnis genommen: gez. Friedrich.“²⁶

Auch Großherzog Ernst Ludwig von Hessen musste gehen. Abzudanken war er aber nicht bereit. Carl Ulrich hatte ihm am 9. November nahegelegt, dem Thron zu entsagen. Doch Ernst Ludwig verweigerte sich solchem Ratschlag. Die Massenbewegung setzte ihn faktisch ab. Dabei blieb es. Keine Hand rührte sich, um ihn als Regenten zu halten. Gewiss - er als Person war wegen seiner Liberalität, seines Engagements für die Kunst und

seiner sozialen Aufgeschlossenheit weithin beliebt, auch in Teilen der Arbeiterschaft. Das Volk, so der Vorsitzende des Darmstädter Arbeiter- und Soldatenrates Wilhelm Knoblauch am 9. November, hege gegen den „Bürger Ernst Ludwig“ keinen Groll: „Aber die Uhr des Gottesgnadentums sei nun einmal abgelaufen.“ Daher sei Ernst Ludwig als „Bürger des freien, republikanischen Hessens“ willkommen.²⁷ Monarch und Monarchie waren überlebt, auch das großherzogliche Haus verlor die Macht, mochte es durchaus selbstkritisch die Zeitläufte registriert und sich als eine politisch aufgeschlossene Dynastie bewiesen haben. Mit Ernst Ludwig wäre vielleicht unter anderen Rahmenbedingungen eine allmähliche Parlamentarisierung möglich gewesen. Die Nagelprobe für seine proklamierte Reformwilligkeit blieb ihm erspart. Die Besonderheit, dass der Großherzog der einzige unter den deutschen Fürsten war, der in der Revolution nie abdankte, war Zufälligkeiten der Novemberereignisse geschuldet. Die Macht des Faktischen sorgte für Klarheit.

Um das Vermögen der großherzoglichen Familie ergab sich ein über die Zeit der Republik erstreckendes Problem. Das 1919 ausgehandelte Abkommen zwischen der neuen republikanischen Regierung und dem ehemaligen Herrscherhaus um die Abfindung war durch die rasante Inflation vier Jahre später Makulatur geworden. Die Ausgleichszahlungen waren auf einen Nennwert von zwei Dollar Monatsrente geschrumpft. Die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen blieben ein Politikum, das erst nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen wurde.²⁸

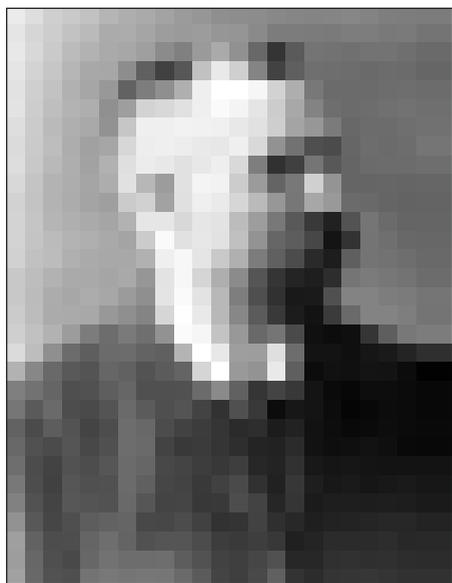
4. Konkursverwalter und Demokratiegestalter

Das Großherzogtum war Vergangenheit. Am 9. November verkündete eine Extraausgabe des „Hessischen Volksfreundes“ in Darmstadt in großen Lettern: „Hessen sozialistische Republik.“²⁹ Nun – das war mehr Wunsch denn Wirklichkeit. Denn die Monarchie war zwar abgeschafft, aber das Neue noch keineswegs strukturiert. Ohnehin ging es zunächst einmal darum, die Ordnung aufrecht zu erhalten und den Problemen am Ende eines verlorenen vierjährigen Weltkrieges Herr zu werden.

Dabei setzte die von Ulrich geführte SPD auf Einbindung der bürgerlichen Kräfte. Anders als im Kaiserreich sollte die neue Republik allen politischen Parteien Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte geben. Es ging ihnen nicht darum, eine neue Klassenherrschaft – unter anderen Vorzeichen – zu errichten. Die vor 1914 als Vaterlandsverräter gescholtenen und ausgegrenzten Sozialdemokraten wollten die unsägliche, das Kaiserreich vergiftende Trennung in „Reichstreue“ und „Reichsfeinde“ überwinden. Für sie war die neue Republik nur auf der Basis einer Kooperation von sozialdemokratischer Arbeiterschaft und demokratischem Bürgertum lebensfähig. Die neue Regierung sollte sich auch auf „das Vertrauen der nichtsozialdemokratischen Bevölkerungskreise“ stützen können.³⁰

Auch mit Blick auf die allgemeine Notsituation erschien der SPD eine Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften geboten. Von daher war es politische Klugheit, genau in diesem Moment, als die SPD die Führung in der Revolution

übernommen hatte, auch in Hessen (-Darmstadt) den bürgerlichen Parteien ein Angebot zur Mitwirkung zu unterbreiten, auf das allerdings die Rechtsnationalen – die sich später als Deutsche Volkspartei (DVP) neugründenden Nationalliberalen und der (im Vergleich zu dieser noch radikalere) Hessische Bauernbund – nicht einzugehen bereit waren. Die bald als linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) firmierenden Freisinn-Demokraten und die katholische Zentrumsparterie wollten konstruktiv mit der Sozialdemokratie in der provisorischen Regierung zusammenarbeiten. Eine der ersten Maßnahmen Ulrichs war die Aufhebung des großherzoglichen Staatsrates, wogegen die Mitglieder protestierten. Freilich vergeblich.³¹ Nach der Entmachtung der alten großherzoglichen Regierung am 11. November

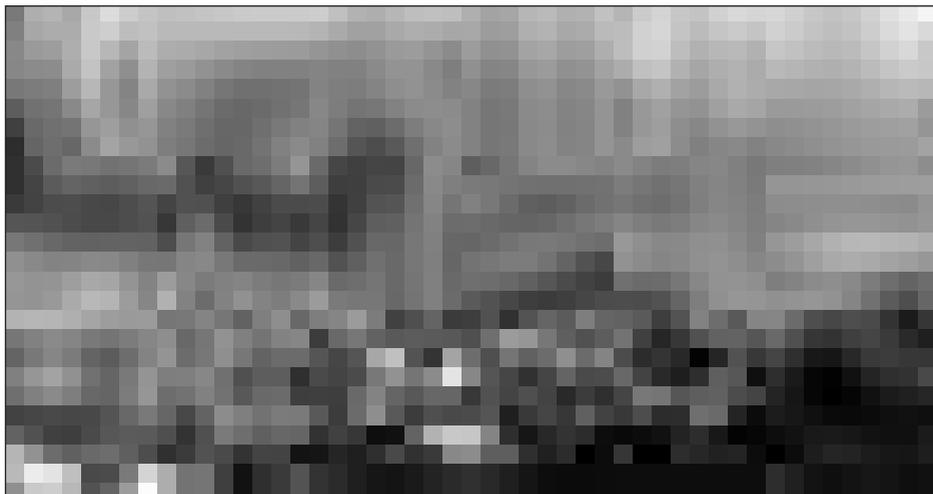


Der starke Mann in der Revolution und erster demokratischer Regierungschef in der hessischen Geschichte: Carl Ulrich (SPD).

füllte die provisorische Regierung unter Ulrich zwei Tage später das exekutive Machtvakuum. Einen anderen Weg schlug Preußen ein: Hier bildeten nach dem Vorbild im Reich, wo ein paritätisch besetzter „Rat der Volksbeauftragten“ aus SPD und USPD sich zusammenfand, die beiden Arbeiterparteien die revolutionäre Übergangsregierung unter Paul Hirsch (SPD), ergänzt mit einigen nicht zum engeren Kabinett zählenden bürgerlichen Fachministern.

Hessen(-Darmstadt) nahm mit seiner Regierung in gewisser Weise das vorweg, was im Reich im Februar 1919 nach den Wahlen zur Nationalversammlung realisiert werden sollte: die Weimarer Koalition. Im hessischen Kabinett des Übergangs saßen neben Regierungschef Ulrich drei weitere Sozialdemokraten, zwei Vertreter der Linksliberalen und mit Justizminister Otto von Brentano auch ein Zentrumspolitiker, der im Kaiserreich in der Sozialdemokratie eine Bedrohung der monarchischen Ordnung erblickt hatte. Jetzt nach dem Zusammenbruch taten sich Zentrum und ihr Spitzenmann Brentano schwer, mit der SPD zusammenzuarbeiten. Aber aus dem Gegeneinander von einst wuchs ein Miteinander für die Demokratie. Gleichwohl gab es auch Kritik aus den Reihen des Bürgertums. So meinte der liberale Adolf Korell, später Minister, drei Wochen nach dem Umsturz, dass „ein demokratisches Hessen unter unserem Großherzog“ mindestens genauso gut gewesen wäre wie die „jetzige Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats“.³²

Jedes Denken in Richtung einer reinen Arbeiterregierung, einer Verbindung der alten SPD mit der USPD, die mitunter als natürlicher



Nach dem Waffenstillstand: Dichtgedrängt verfolgt die Bevölkerung vor dem Rathaus in Kassel den Einzug der von der Front heimkehrenden Truppe, eine Szene, die sich in allen größeren Orten mit Garnisonen so abspielt.

Bündnispartner der in Hessen klar dominierenden Mehrheitssozialdemokratie gesehen wird, ignoriert, dass beide Seiten nach der Spaltung 1917 einen erbitterten Kampf um das sozialdemokratische Erbe und um die Organisationen ausgefochten hatten. Die im Parteistreit geschlagenen Wunden waren längst noch nicht vernarbt. Im Reich hielt die Kooperation der beiden Parteien in dem am 10. November 1918 gebildeten Rat der Volksbeauftragten gerademal sieben Wochen. Der paritätisch aus SPD und USPD gebildeten zentralen Übergangsregierung in Berlin, dem „sechsköpfigen Reichskanzler“³³, gehörte auch Philipp Scheidemann an. In dem nur aus Mehrheitssozialdemokraten bestehenden Zentralrat der Republik, der auf dem ersten Reichsrätekongress Mitte Dezember 1918 als revolutionäres Ersatzparlament gewählt worden war, waren die Hessen mit dem Kasseler Gewerkschaftsfunktionär Albert Grzesinski (für Hessen-Nassau) und dem Darm-

städter Redakteur des „Hessischen Volksfreund“ Wilhelm Knoblauch (für Hessen) mit zwei Männern vertreten, die sich in den Revolutionswochen an ihren Heimatorten nicht nur als Vorsitzende der Arbeiter- und Soldatenräte besonders hervorgetan hatten.

Die Übergangsregierung in Hessen war geschaffen. Ihr ging es neben der Krisenbewältigung vor allem darum, möglichst bald die mit dem Umsturz geschaffenen Verhältnisse durch allgemeine Wahlen demokratisch zu legitimieren, um so den Weg zur Republik zu planen. Dazu mahnte Ulrich auch die Berliner Revolutionsregierung an und forderte sogleich, die Einzelstaaten bei der Neuordnung einzubeziehen.³⁴ Doch wie sollte sie aussehen? Die neue Staatsordnung war nicht am Reißbrett zu entwerfen, es gab Vorbelastungen und mentale Dispositionen, die die Handlungsmöglichkeiten der Verantwortlichen mitbestimmten.

Die neuen Machthaber, und zwar auf allen Ebenen, standen vor einer Herkulesaufgabe. Sicherheit musste garantiert werden, denn es kam zu Plünderungen und Übergriffen. Die Versorgung der ausgemergelten Bevölkerung mit Nahrung und Brennstoff stand ganz oben auf der Agenda, denn mit dem Schweigen der Waffen hatte das Leid noch kein Ende gefunden. Lag die Sterblichkeitsrate in Frankfurt im Vergleich zu 1913 während des Krieges im Jahr 1915 um 2,2% höher, so stieg sie 1917 um 18%, 1918 um 31% gegenüber den Werten im letzten Friedensjahr. Den Höhepunkt erreichte die Zuwachsrate aber erst 1919 mit 44,4% im Vergleich zu 1913.³⁵

Die aus den Schützengräben zurückströmenden Soldaten, die nach dem Waffenstillstandsabkommen hinter den Rhein zurückgeführt werden mussten, waren zu versorgen und in ihre weit verstreuten Heimatorte zu repatriieren. Die Frontkämpfer aus Hessen mussten wieder in den Arbeitsprozess eingliedert werden, in eine vor einem grundlegenden Wandel stehende Wirtschaft, die von Kriegsproduktion auf Friedensanfordernisse umzustellen war. Wer im Zuge der Demobilisierung vorerst ohne Arbeit blieb, musste Unterstützung erhalten. Der jahrelange Stillstand im Wohnungsbau machte eine entschlossene Bewirtschaftung des knappen Wohnraums notwendig.

Neben dem auf die sozialpolitischen Felder ausgerichteten Krisenmanagement wurden grundlegende Reformen umgesetzt, die auf Regierungsebene für unabänderlich und konsensfähig gehalten wurden. Der Acht-Stunden-Tag, das zentrale sozialpolitische Ziel der Arbeiterbewegung, wurde sogleich reichs-

weit verordnet. Darüber hinaus wurden mit der Verfügung von Frauenwahlrecht und Verhältniswahlrecht, beides ursozialdemokratische Forderungen, Wegmarken der Demokratie gesetzt.

5. Legitimation durch Wahlen

Nach diesen Prinzipien wurde am 26. Januar 1919 – eine Woche nach den reichsweiten Wahlen für die Nationalversammlung, dem in Weimar tagenden Reichsparlament – die Verfassungsgebende Volkskammer der Republik Hessen gewählt: Die SPD erzielte 44,5%, gefolgt von den fast gleichstarken Parteien DDP (18,9%) und Zentrum (17,6%).

Die USPD rangierte mit 1,5% im Bereich einer Splittergruppierung, während die beiden Rechtsparteien, die DVP (10,1%) und die Hessische Volkspartei als Landesverband der republikfeindlichen DNVP (Deutschnationale Volkspartei; 7,4%), gemeinsam ein Sechstel der Wählerschaft auf sich vereinigen konnten. Mit der Demokratisierung des Wahlrechts, das nun Männer und Frauen über 20 Jahre besaßen, war die Zahl der Wahlberechtigten auf fast 59% der Bevölkerung emporgeschnellt, auf knapp drei Mal so viel wie nach der halbherzigen Wahlrechtsreform von 1911 im Großherzogtum. Von den nunmehr 70 Abgeordneten der hessischen Volkskammer kamen 31 von der SPD, je 13 von der Demokratischen Partei und vom katholischen Zentrum, sieben von der DVP, fünf von den Deutschnationalen und einer von der USPD. Ebenfalls am 26. Januar 1919 wurde die preußische Landesversammlung

gewählt. In der preußischen Provinz Hessen-Nassau lag die SPD mit 40,2% weit vorne (DDP 21,6%, Zentrum 18,9%, DVP 6,2% und DNVP 9,6%). SPD und DDP erzielten in der Provinz signifikant einen höheren Stimmenanteil als im preußischen Landesschnitt (dort 36,4% bzw. 16,2%). Die USPD blieb in der Provinz mit 3,5% unbedeutend, während sie im gesamten Preußen immerhin 7,4% erzielte. Im radikalen Hanau erreichte die USPD jedoch den Spitzenwert in Hessen-Nassau mit etwa einem Viertel der Wähler. Von den 22 hessen-nassauischen Abgeordneten in der preußischen Volkvertretung gehörten neun der SPD, je fünf der DDP und dem Zentrum, zwei der DNVP und einer der DVP an.

Die beiden Landtagswahlen in Hessen(-Darmstadt) und in Preußen bestätigten den Ausgang der eine Woche zuvor stattgehabten Wahlen zur Nationalversammlung. In allen hessischen Gebieten hatte dabei die SPD dominiert: mit beachtlichen 47% im Volksstaat und 44% im Regierungsbezirk Kassel sowie 39% in Waldeck und 37% in Wiesbaden. Ihr folgten die (Links-)Liberalen – mit jeweils zwischen 19% und 23% –, während die Zentrumspartei in den katholischen Gebieten wie Fulda sehr gute Ergebnisse vorweisen konnte. Im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen 1912 brachten die ersten Wahlen nach dem Krieg markante Verschiebungen zugunsten der SPD, aber auch zugunsten des Linkliberalismus, der sich in der DDP versammelte. Hessen-Nassau schickte 15 Mandatsträger in die Nationalversammlung nach Weimar, sieben von der SPD, je drei von DDP und Zentrum sowie je einen aus DVP und DNVP. Von den neun Vertretern aus dem Volksstaat

gehörten vier der SPD, je zwei der DDP und dem Zentrum sowie einer der DVP an.

Die ersten Wahlen machten auch für Hessen deutlich, dass die bürgerlichen Parteien einen langwierigen und schmerzvollen Gründungsprozess durchliefen. Während die Sozialdemokratie den Umbruch als Chance für die Realisierung der Demokratie verstand und entschlossen zugriff, haderte das Bürgertum lange mit der Kriegsniederlage. Vom Trauma des Zusammenbruchs des Kaiserreiches erholte sich die bürgerliche Mitte nur langsam. Die „Frankfurter Volkszeitung“ als Sprachrohr des politischen (Links-)Katholizismus schrieb im Jahresrückblick auf 1918, man habe „vier Jahre vergebens gehofft, gekämpft, gelitten und geopfert“ und stehe nun vor einem staatlichen Trümmerhaufen.³⁶ Obwohl das katholische Bürgertum in Frankfurt bis zuletzt für die Monarchie eingetreten war, vollzog die dortige Zentrumspartei doch schneller als im Rest des Reiches eine Hinwendung zur Republik.

Die DVP vertiefte mit der Verweigerung eines klaren Bekenntnisses zur Demokratie den Graben zur (links-)liberalen Schwesterpartei DDP und entzog damit Gedanken an eine geeinte liberale Organisation gänzlich den Boden. Im ehemaligen Großherzogtum prangerte die sich ausgesprochen vaterländisch präsentierende DVP die Zusammenarbeit der am 28. November 1918 gegründeten Demokratischen Partei mit der SPD scharf an. Demgegenüber konservierten die von antidemokratischer Grundhaltung geprägten Deutschnationalen, die nach Wochen politischer Apathie sich erst Mitte Dezember 1918 organisierten, antisemitisches

Denken. Dabei setzte sich trotz der unbedingten Gegnerschaft zur Republik bei vielen alsbald die Erkenntnis durch, dass eine gewaltsame Restauration der Monarchie nicht möglich war. Man fand sich mit dem Neuen ab, ohne es im Grunde zu akzeptieren, und bekämpfte es mit allen politischen Mitteln.

Bei den ersten Wahlen 1919 lag das rechtsorientierte Bürgertum noch in der durch den revolutionären Umbruch vom November 1918 ausgelösten politischen Schockstarre, rangen seine Organisationen erst um Profil, Mitglieder und Wähler, während andererseits die Sozialdemokratie, gestützt auf eine bewährte Funktionselite und einen eingespielten Organisationsapparat, ihre mit der Revolution gewonnene Macht zu nutzen wusste, was Niederschlag in guten Ergebnissen fand. Dort, wo die SPD bereits vor 1918 stark gewesen war, legte sie sogar noch zu. Es nahm selbst für eine bäuerliche Tageszeitung in Friedberg kaum Wunder, dass die Verbitterung über das Vergangene, „der verlorene Krieg und alles, was damit zusammenhängt, den Sozialdemokraten“ zugutekam.³⁷ Es fällt dabei auf, dass die durch den Umbruch verunsicherten evangelischen Wähler, zuvor in weiten Teilen Klientel der antisemitischen Parteien, zur Sozialdemokratie tendierten. Das führte in den Kreisen des Regierungsbezirks Kassel, in dem bis 1918 die nun nicht mehr antretenden Antisemiten dominierten, zu markanten Verschiebungen vor allem hin zur SPD und auch zu den Linksliberalen, ein Trend, der sich aber schon bei den nächsten Reichstagswahlen im Juni 1920 wieder in Richtung hin zu den alten Strukturen kehrte, zu einer Stärkung der nationalkon-

servativen DNVP und der rechtsliberalen DVP. Dagegen offenbarte der Regierungsbezirk Wiesbaden trotz eines leichten Zuwachses der SPD Kontinuität des Parteien- und Wählerspektrums. DDP (23%) und Zentrum (22%) lagen dort bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 auf gleicher Höhe.

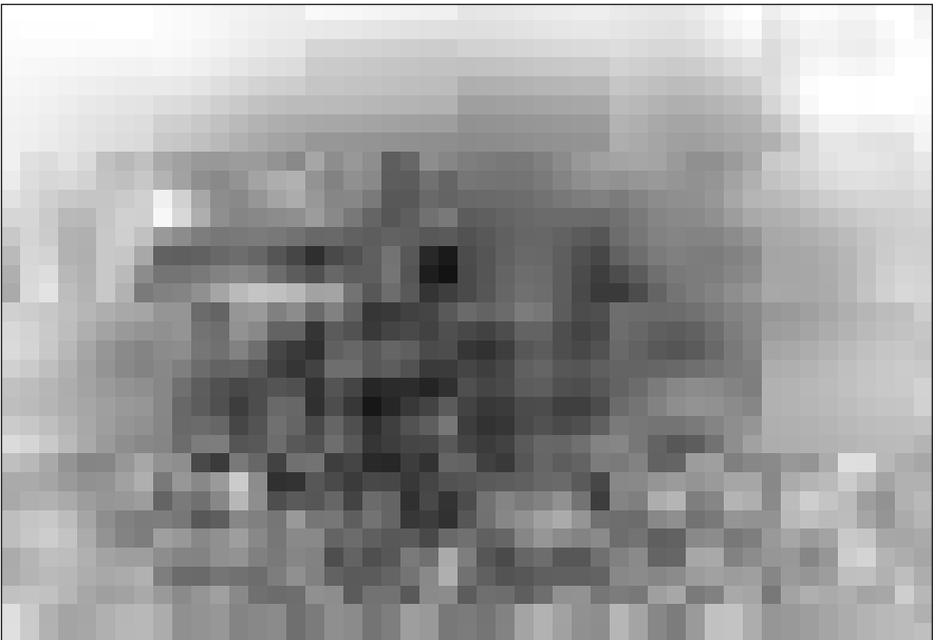
6. Kommunen und Kommunales

Auch die nun nach der Verhältniswahl durchgeführten ersten Kommunalwahlen in Hessen-Nassau im März und im Volksstaat im Juni 1919 bestätigten die Tendenzen – mit einigen bemerkenswerten Ergebnissen wie in der bürgerlich geprägten Universitätsstadt Marburg, wo die antirepublikanische DNVP mit 15 Stadtverordneten weit vor DDP (acht) und SPD (fünf) rangierte. Die Marburger DDP erlebte ein Debakel und verlor im Vergleich zu den Wahlen vom Januar die Hälfte ihrer Gefolgschaft, was nur noch von der SPD mit einem Verlust von 55% überboten wurde. Im katholischen Fulda konnte das Zentrum 20 der insgesamt 36 Mandate für sich verbuchen. Kassel blieb sozialdemokratische Hochburg mit knapper absoluter Mehrheit von 37 der insgesamt 72 Stadtverordneten. In ähnlicher Weise dominierte das Zentrum im katholischen Limburg. Die SPD führte in Frankfurt mit 36 deutlich vor der DDP mit 23 Mandaten (bei insgesamt 96), besaß aber auch mit der USPD (acht) keine Mehrheit. In Wiesbaden rangierte die SPD recht knapp mit 16 Sitzen an der Spitze, gefolgt von den gleichstarken DVP und DDP mit je 14 (von 60 Mandaten). Im volksstaat-

lichen Darmstadt lagen DVP mit 17 und SPD mit 16 Abgeordneten (von 60) in Front, gefolgt von der DDP mit 11 (USPD fünf; Zentrum vier; Hessische Volkspartei mit Handwerks- und Gewerbevereingung sieben); in Offenbach rückte die USPD nah an die vorn liegende SPD heran. Auch im bürgerlichen Gießen landete die SPD auf Platz 1.

Dort, wo die SPD über die Mehrheit verfügte, wollte sie dies auch in politische Ämter ausgezahlt wissen. Ein Beispiel: Trotz wütender Proteste sämtlicher bürgerlicher Parteien nominierte die mit knapper absoluter Mehrheit ausgestattete Kasseler SPD im Dezember 1919 den vormaligen Reichsministerpräsidenten Philipp Scheidemann in der Nachfolge des zum Reichsinnenminister beförderten Liberalen Erich Koch-Weser als neuen Oberbürgermeister.³⁸ Die SPD setzte ihren Mann

durch, hatte es sich doch seit der Revolution gerade auch in Nordhessen gezeigt, dass sich ihre politische Dominanz, wie sie in den äußerst guten Ergebnissen bei sämtlichen Wahlen am Anfang der Republik zum Ausdruck kam, nicht entsprechend auch in der Übernahme politischer Ämter niederschlug. Als Mitte 1919 in Kassel Oberpräsident und Regierungspräsident ausschieden, beides noch im Kaiserreich berufene Männer, gelangten mit Rudolf Schwander als erster Beamter in der Provinz Hessen-Nassau ein Mann der DDP und mit Gustav Springorum an der Spitze des Regierungsbezirks Kassel ein Vertreter des bürgerlich-nationalen Lagers auf diese zentralen Positionen. Auf den kaiserlichen Karrierebeamten Wilhelm Momm, der in der Nachfolge des Wiesbadener Regierungspräsidenten Wilhelm von



Versammlung der SPD im Januar 1919 auf dem Frankfurter Römerberg zu den Wahlen für die verfassunggebende preußische Landesversammlung.

Meister sein Amt erst im März 1920 antreten konnte, sollte erst Ende Januar 1923 mit Konrad Haenisch ein Sozialdemokrat folgen. Von zehn Landratsposten, die zwischen November 1918 und Ende 1920 im Regierungsbezirk Kassel frei wurden, sollte die SPD nur drei okkupieren können.³⁹ Trotz des revolutionären Umbruchs und einer stärkeren Politisierung im kommunalen Raum mit dem raschen Ende der Honoratiorenherrschaft wurde doch nur eine geringe Zahl von Bürgermeisterstellen mit Sozialdemokraten besetzt, während auf der anderen Seite die Sozialdemokratie in Reich und Ländern zahlreiche Regierungen führte und Minister stellte. So sollte der Ende 1919 gegen eine einheitliche bürgerliche Front in Kassel zum Stadtoberhaupt gewählte, 1925 aber bereits wegen massiver, gänzlich unbotmäßiger Angriffe gegen ihn seinen Posten zur Verfügung stellende Scheidemann bis 1933 der einzige Sozialdemokrat unter den hessen-nassauischen Oberbürgermeistern bleiben. Das überraschte letztendlich doch.

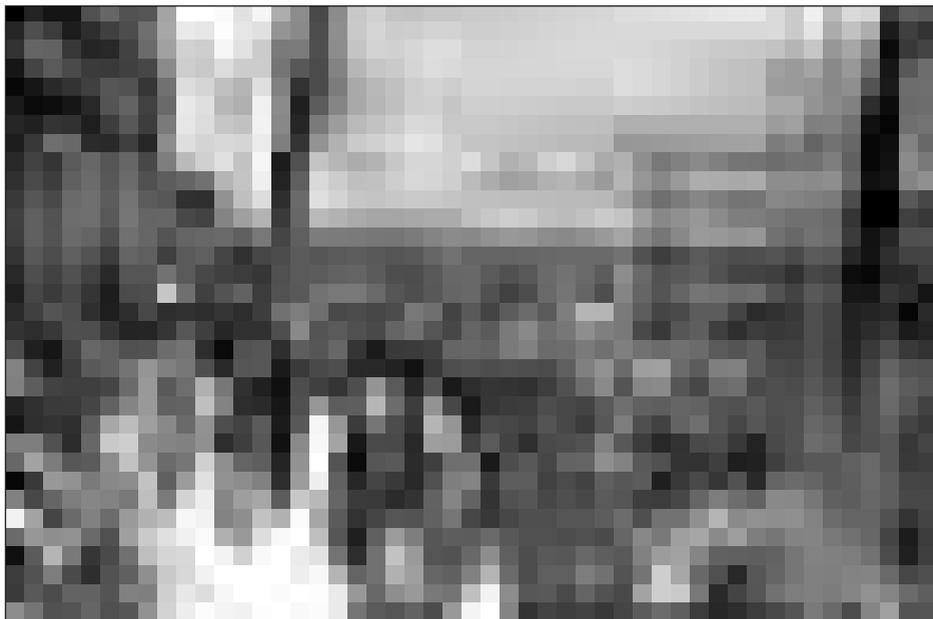
In der hessischen Landeshauptstadt Darmstadt überdauerte der seit 1909 amtierende Wilhelm Glässing den Umsturz, bis er nach 20 Jahren im Amt 1929 verstarb. Sein um zwei Jahre jüngerer Bruder, der 1913 zum Oberbürgermeister von Wiesbaden berufene parteilose Karl Glässing, behielt sein Amt, bis ihn die Franzosen 1919 auswiesen. In Frankfurt blieb der 1912 gewählte (links-)liberale Georg Voigt, der sich - preußisch-korrekt - just am 9. November 1918 vom Arbeiter- und Soldatenrat im Amt hatte beständigen lassen, bis 1924 an der Spitze des Rathauses, als ihn sein DDP-Parteikollege Ludwig Landmann ablöste. In dem von einer

starken linksorientierten Arbeiterbewegung geprägten Hanau lenkte mit Kurt Blaum (DDP), auch von den Sozialdemokraten gewählt, erst ab Dezember 1921 ein neuer Mann die Geschicke der Stadt.

Im volksstaatlichen Offenbach allerdings wich der seit 1907 amtierende liberale Andreas Dullo im Herbst 1919 dem neugewählten Oberbürgermeister Max Granzin von der SPD. Der Gießener Oberbürgermeister Karl Keller, der auf die Ansprüche des örtlichen Revolutionsorgans „geschmeidig“ reagiert und diesen anerkannt hatte⁴⁰, hielt sich sogar bis 1934. In Wetzlar sollte der 1914 gewählte Bürgermeister Heinrich Kühn bis zu seinem Tod 1930 im Amtssessel bleiben, obwohl die SPD von 1919 bis 1933 die stärkste Fraktion stellte. Insgesamt zeigte sich im regionalen Raum überdeutlich, dass die Revolution keinen fundamentalen Elitenwechsel auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen brachte. Diesen im Sinne einer Republikanisierung durchzuführen, war Aufgabe der kommenden, durch Wahlen legitimierten Körperschaften.

7. Ein Seitenblick: Über die politische Rolle der Frau

1919 durften erstmals in der deutschen Geschichte Frauen wählen und auch gewählt werden. Im ersten 70-köpfigen hessen-darmstädtischen Landtag, der Verfassunggebenden Volkskammer, saßen fünf Frauen (zwei für die SPD, je eine für Zentrum, DDP und DVP), später im 3. und 4. Landtag waren es mit jeweils sechs die Höchstzahl. Im Parlament aber spielten die insgesamt



Teilnehmer einer Kundgebung der Frankfurter SPD im Januar 1919.

zwölf Frauen, die während der Weimarer Republik im Landtag des Volksstaates wirkten⁴¹, zu meist eine Rolle am Rande und konzentrierten ihre Arbeit auf jene Bereiche, die ihnen die Männer zuwiesen, eben auf die vermeintlich klassischen „weiblichen“ Aufgabefelder: Familie und Frauen, Sozialfragen, Erziehung und Bildung. Das galt auch für die Kommunalparlamente, wo jetzt neben den „Stadtvätern“ auch „Stadtmütter“ saßen.⁴² Jenny Apolant, liberale Vorkämpferin des Frauenwahlrechts und 1919 mit zehn anderen Frauen ins Frankfurter Stadtparlament gewählt, erhob es schon bei Beginn zur Aufgabe der Parlamentarierinnen, sich in den diesbezüglichen Ausschüssen zu engagieren, da diese ihren „Fähigkeiten am meisten“ entsprechen würde. Illusionen über die Schwere des künftigen frauenpolitischen Weges machte sich die

DDP-Politikerin dabei nicht: „Ein Ziel ist erreicht, aber dieses Ziel bedeutet keinen Ruhepunkt, sondern wiederum einen Anfang und wahrscheinlich einen schweren.“⁴³

Den Ansätzen zu einer politischen Gleichberechtigung hinkte die soziale und gesellschaftliche Emanzipation weit hinterher. Hatte sich die Rolle der Frauen im Weltkrieg mit gestiegenen Verantwortlichkeiten und Aufgaben verändert, so wurde im Zuge der Normalisierung nach Kriegsschluss vieles davon wieder zurückgenommen. Sie wurden aus den von den zum Kriegsdienst eingezogenen Männern übernommenen Arbeitsplätzen wieder verdrängt. Schon am 23. Dezember 1918 bat man in Wiesbaden um Spenden für die nach der Rückkehr der Männer entlassenen Straßbahnschaffnerinnen. Und zehn Wochen nach Kriegsende war im „Darmstädter Tagblatt“ zu lesen:

„Die deutsche Frau hat im Krieg den Mann vertreten und ihre Pflicht erfüllt. Jetzt dient sie – sich und dem deutschen Volke, wenn sie Platz macht [...]. Nicht gute Worte helfen hier, die Arbeitgeber, auch die Behörden hören sie nicht. Hier hilft nur gesetzlicher Zwang.“⁴⁴ Die kommunalen Demobilisierungsausschüsse besaßen weitreichende Vollmachten, um die Soldaten wieder an ihren Arbeitsplatz zu bringen. Die Frauen hatten zu weichen und in die „Erwerbszweige“ zurückzugehen, die für die „männlichen Arbeitskräfte völlig ungeeignet“ seien.⁴⁵ Die Frau wurde wieder an den Herd zurückgestoßen. Als Hausfrau konnte sie ab Mitte der 1920er Jahre in der technisierten, genormt-funktionalen „Frankfurter Küche“ wirken.

Wenngleich in der Republik der Frauenpolitik staatlicherseits keine besondere Förderung zu Teil wurde, im Volksstaat Gedanken an ein besonderes Referat für Frauenfragen bald versandeten, so war den Frauen, die während des Krieges über die Mitarbeit in der sozialen Fürsorge hinaus stärker am politisch-gesellschaftlichen Leben partizipierten, zumindest die politische Mitsprache über den Stimmzettel nicht mehr länger zu verweigern. Im Krieg war auch der weibliche Anteil an den Universitäten gestiegen; in Marburg befanden sich die Frauen, unter Berücksichtigung der tatsächlichen Präsenz an der Universität, 1918 sogar knapp in der Mehrheit, deutlich über dem Durchschnitt aller preußischen Universitäten. Zwei Drittel der 2078 Immatrikulierten hatten bereits im Wintersemester 1914/15 im Feld gestanden, so dass der Anteil der weiblichen Studierenden 1915 bei 40% gelegen hatte.⁴⁶ Die Zahl der

Studentinnen an der Philipps-Universität wuchs bis 1918 auf das Doppelte des Vorkriegsstandes. Die Frauenquote sank nach Kriegsende zwar wieder rapide, rangierte aber insgesamt über dem Vorkriegsniveau. In Gießen verzeichnete die Universität zum Wintersemester 1919/20 den höchsten Frauenanteil, der aber erst wieder 1931 überboten wurde.⁴⁷

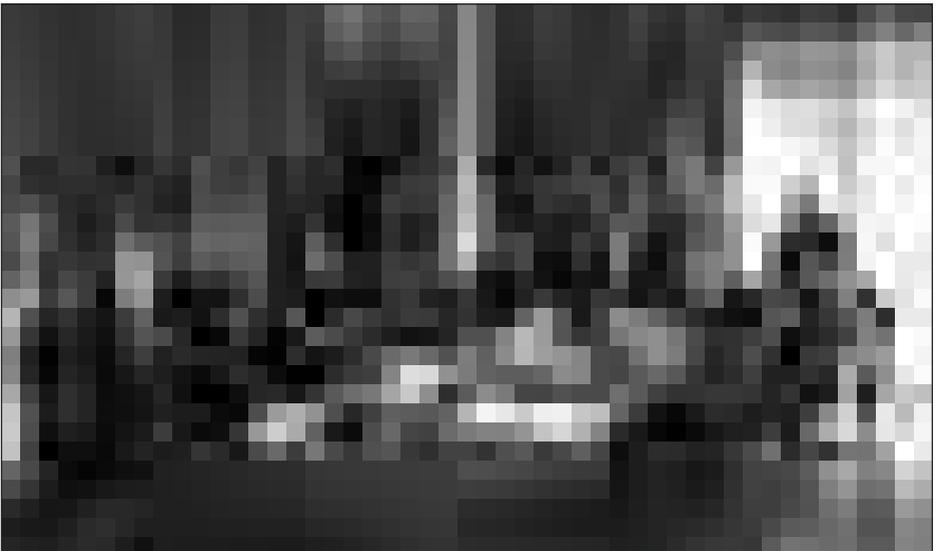
Von einem durch den Funktionswandel während des Krieges angestoßenen kontinuierlichen Fortschreiten der Frauenrechte und einer wirklichen gleichberechtigten Teilhabe der Frau am politischen Leben konnte keine Rede sein. So wehrte der männerdominierte Landtag des Volksstaates im Juli 1921 Forderungen von weiblichen Abgeordneten nach Zulassung von Frauen zum Richteramt ab. Begründung: Die zu behandelnden garstigen Sachen seien nichts für das warmherzige Gemüt des schwachen Geschlechts, wie Justizminister Otto von Brentano vor dem Landtag meinte.⁴⁸

Die Frau, so waren auch die Mandatsträgerinnen der rechtsbürgerlichen Parteien der Ansicht, sei im sozialen Bereich am besten aufgehoben. Die im Krieg begründeten Hausfrauenverbände setzten ihre Arbeit in der Republik mit gleicher Stoßrichtung fort. Die Frankfurter „Hausfrauenvereinigung 1915“ nannte sich ab März 1920 „Berufsorganisation der Hausfrauen“, um direkt im Namen ihre zentrale Forderung zum Ausdruck zu bringen: die Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf. Das blieb Wunschtraum. In der Gesellschaft und Wirtschaft weiter um die Gleichberechtigung ringend, hatte die Frau zumindest an der Wahlurne das gleiche Gewicht wie der Mann.

8. Territorialfrage und Verfassungsschöpfung

Die drei führenden Parteien bei der ersten Landtagswahl im Volksstaat, hinter denen immerhin mehr als 80% der Wähler standen, setzten ihre Zusammenarbeit unter Ministerpräsident Carl Ulrich fort. SPD und DDP wären mit ihren 44 Mandaten auch allein in der Lage gewesen zu regieren, doch beharrten die Liberalen auf Einbezug der bislang mitregierenden Zentrumspartei. Bereits vor der Konstituierung des Landesparlaments am 13. Februar 1919 erklärte sich der Volksrat der Republik Hessen für aufgelöst und übergab seine Rechte den nun gewählten Vertretern. In Preußen formierte der bisherige Ministerpräsident Paul Hirsch (SPD) nach den ersten Landtagswahlen eine Regierung der Weimarer Koalition, die – wie im Reich – von einer breiten Mehrheit getragen wurde.

Abgestützt durch die demokratische Legitimation des Wahlvolkes konnte man nun darangehen, die Demokratie auszubauen und zu festigen. Am 11. November 1918 hatte der darmstädtische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat in einem Aufruf verkündet: „Die Vergangenheit ist abgeschlossen. Das Tor der Zukunft steht weit offen.“⁴⁹ Die Vergangenheit war politisch tatsächlich abgeschlossen, doch überlebten rückwärtsgewandte Einstellungen und Mentalitäten, die die Republik bedrängten. Eine besondere Belastung ergab sich für Hessen aus Kriegsniederlage und Friedensschluss: die Besetzung weiter Gebietsteile. Bereits der Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 schrieb die Okkupation der Gebiete fest. Das betraf vor allem die linksrheinische Provinz Rheinhessen und den sogenannten Mainzer Brückenkopf rechts des Rheins. Dieser umfasste einige Gebiete von Hessen-Nassau, Wies-



Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates von (Frankfurt-) Höchst im dortigen Bolongaropalast.

baden und den Rheingau. Im Volksstaat traf es den Kreis Groß-Gerau und Teile des Kreises Offenbach. Die Besetzung reichte bis in die Darmstädter Peripherie. Insgesamt stand ein Viertel des Volksstaates mit mehr als einem Drittel seiner Bevölkerung unter französischer Vormundschaft. Territorial blieb alles beim Alten, obwohl sich mit dem Untergang der Monarchie die Chance ergab, die alte Idee vom geeinten „Groß-Hessen“, der Verbindung von Hessen (-Darmstadt) und Hessen-Nassau, zu realisieren, denn mit dem Umbruch vom Kaiserreich zur Republik waren die Dynastien, bis dahin das entscheidende Hindernis einer Vereinigung, verschwunden. Doch gab es trotz der zuvor breit diskutierten Raumordnungsvorstellungen keinen allseits akzeptierten Plan für die hessischen Gebiete. Zudem wollte die Darmstädter Landesregierung die durch die Besetzung weiter hessischer Gebiete angespannte Lage nicht noch zusätzlich durch Neuordnungsversuche verschärfen. Mit der Gründung eines geeinten Hessen sollte es noch bis 1945 dauern.⁵⁰

Erfolgreicher als in der Frage der Territorialreform waren die Hessen in Sachen Verfassungsschöpfung. Hier unterschieden sich die Entwicklungen im Reich und im Volksstaat nicht. Die Hessen arbeiteten zunächst auf der Basis einer provisorischen Verfassung, dem nur zehn Artikel umfassenden „Gesetz über die vorläufige Verfassung für den Freistaat (Republik) Hessen“ vom 20. Februar 1919. Die Übergangsverfassung formulierte wie auch das für das gesamte Reich geltende „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ vom 10. Februar oder das preußische „Gesetz zur vorläufigen

Ordnung der Staatsgewalt“ vom 20. März 1919 lediglich Eckwerte. Die hessische „Not“-Verfassung, die Gültigkeit bis zur Verabschiedung der Landesverfassung im Dezember 1919 besaß, beschränkte sich – unter Verzicht auf eine Verankerung von Grundrechten – auf Regelungen zur staatlichen Organisation, der Gesetzgebung und der Regierung („Staatsleitung“). Aber schon Artikel 1 schrieb die künftige Staatsform fest: „Der Freistaat (Republik) Hessen ist ein selbständiger Bundesstaat des Deutschen Reiches.“⁵¹

Zunächst präsentierte eine von der Regierung eingesetzte Kommission aus Experten der Ministerialbürokratie im Mai 1919 einen Entwurf, auf den der Gießener Staatsrechtler Hans Gmelin großen Einfluss nahm. Erst am 9. Oktober ging der Entwurf der Landesregierung, die zunächst die Verabschiedung der Reichsverfassung – dies geschah am 31. Juli – abwarten wollte, an die verfassunggebende Volkskammer, die ihn dann im Dezember in nur drei Tagen beriet. Das ging ohne größere Diskussionen vonstatten, sieht man von Kontroversen um das Alter für das aktive und passive Wahlrecht einmal ab, das auf 20 bzw. 25 Jahre festgelegt wurde. DVP und Hessischer Volksbund quittierten in trotziger Haltung die Ablehnung ihrer Forderung, nicht erst nach zwei Jahren, also im November 1921, sondern schon im Frühjahr 1920 einen neuen Landtag wählen zu lassen, mit Ablehnung der Gesamtverfassung, obwohl die Mehrzahl der Einzelartikel zuvor einstimmig gebilligt worden war.

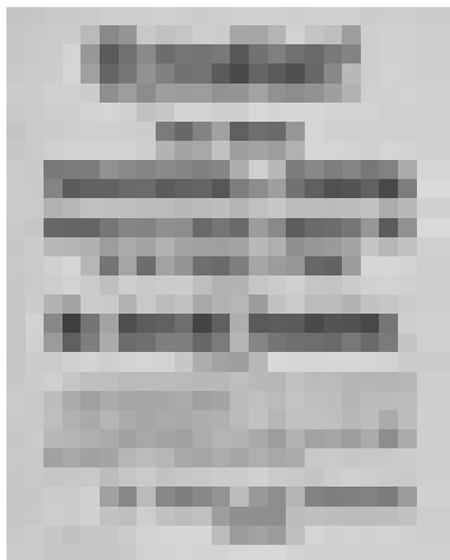
Die am 9. Dezember verabschiedete Landesverfassung trat drei Tage später in Kraft. Sie bekannte sich zum Prinzip der Volkssouveränität, verankerte ein alle drei Jahre

zu wählendes Parlament und räumte der Bevölkerung durch plebiszitäre Elemente wie der Volksabstimmung über die turnusmäßigen Wahlen hinaus weitere direkte Mitbestimmungsrechte ein. Auch die Reichsverfassung und die preußische Landesverfassung eröffneten Möglichkeiten der direkten Demokratie über das Plebiszit. Das entsprach der allgemeinen Stimmung der Zeit. Mit der neuen Verfassung trug der volksstaatliche Regierungschef den Titel „Staatspräsident“; die Zahl der von ihm zu berufenden Mitglieder des Staatsministeriums war nicht festgeschrieben. Zunächst gab es drei herkömmliche Ressorts (Finanzen, Inneres, Justiz), zu dem 1920 das Arbeitsministerium und dann 1931/32 das für Landwirtschaft und das für Kultur- und Bildungswesen kamen.

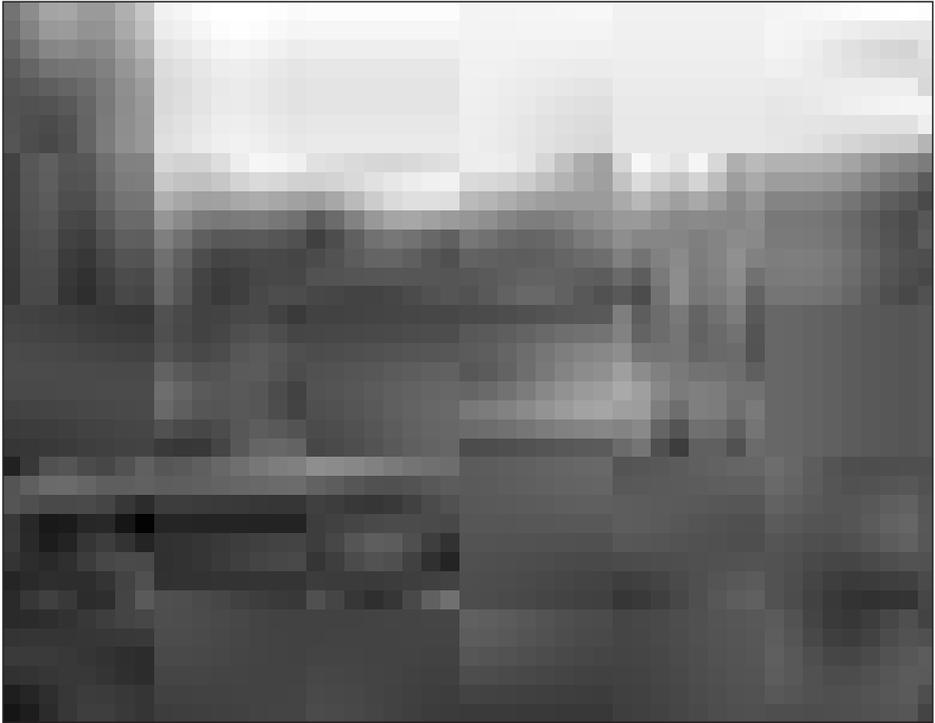
Auch im bisherigen Fürstentum Waldeck-Pyrmont, nunmehr zum Freistaat erklärt, wollte man eine neue Verfassung entwerfen; diese kam aber angesichts der immer stärker diskutierten Angliederung an Preußen nicht zustande. Es reichte nur zu einem im April 1919 rasch verabschiedeten „Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt“. Der verfassungs- und staatsrechtliche Schwebezustand dauerte an. Nach der Verfassunggebenden Landesvertretung 1919 wählten die Waldecker noch zweimal (1922 und 1925) einen 21-köpfigen Landtag, ehe der Freistaat dann 1929 in der preußischen Provinz Hessen-Nassau aufging.

Kontinuität prägte die volksstaatliche Regierungsebene in den 14 Jahren der ersten Republik. Nur insgesamt zwei Staatspräsidenten – die beiden Sozialdemokraten Carl Ulrich und ab 1928 Bernhard Adelung –

und elf Minister saßen in der Darmstädter Regierung. Die im Kaiserreich als Reichsfeinde diffamierten Sozialdemokraten waren die entschiedenen Träger der Weimarer Republik: Im 1918/19 begründeten Volksstaat Hessen(-Darmstadt) regierten bis zum Ende der ersten Republik von der SPD geführte Koalitionen. Das mächtige Preußen, in dem Hessen-Nassau eine Provinz bildete, entwickelte sich zu einer sozialdemokratisch dominierten republikanischen Bastion, die allerdings am Ende der ersten Demokratie auf deutschem Boden geschleift werden sollte: Durch den sogenannten „Preußenschlag“ im Juli 1932 setzte Reichspräsident Paul von Hindenburg auf Drängen des antidemokratischen Reichskanzlers Franz von Papen die preußische Regierung unter Ministerpräsident Otto Braun (SPD) kurzerhand ab – ein Markstein auf dem Weg in den



Aufruf zu einer „Volksversammlung und Kundgebung“ auf dem Wetzlarer Domplatz am 13. November 1918.



Wetzlar, 13. November 1918: Volksversammlung auf dem Domplatz.

nationalsozialistischen Unrechtsstaat.

9. Schlussbetrachtung: Die Republik geboren aus der Revolution

Das Scheitern der ersten Republik 1933 war ihr aber nicht in der Phase der Revolution in die Wiege gelegt worden. Die von Teilen der historischen Forschung vertretene These, dass die Demokratie in der Revolutionszeit durch umfassende Reformen hätte stabiler gemacht werden können, lastet der SPD schwere Versäumnisse an. Dabei wird davon ausgegangen, dass tiefgehende Eingriffe in Heer, Ver-

waltung und Justiz der Republik tatsächlich ein solideres Fundament verschafft und sie widerstandsfähiger gegen den Ansturm der Nationalsozialisten gemacht hätte. Es bleibt zu fragen: Hätten Eingriffe in diese zentralen Bereiche die existentielle Krise nicht noch mehr verschärft oder gar konterrevolutionäre Aktionen heraufbeschworen? Würde es nicht gerade die Umstellung der Produktion auf die Friedensbedürfnisse und die generell notwendige Ankurbelung des Wirtschaftslebens gefährden, wenn man vermeintlich für eine Vergesellschaftung reife Industrien sozialisiert hätte? Das Reich war intakt, so dass es keinen Sinn machte, in einem kleinen Land wie Hessen irgendwelche Spielarten

wirtschaftspolitischer Strukturreformen wie die Sozialisierung, die auch von den hessischen Arbeiterräten in Resolutionen gefordert wurde, ad hoc umzusetzen und damit allein im hessischen Raum vorzupreschen.

Der an die SPD gerichtete Vorwurf, in der revolutionären Übergangszeit nicht gemeinsam mit der USPD vermeintlich demokratiesichernde Sofortmaßnahmen eingeleitet zu haben, sondern schon in dieser Phase und dann auch nach den ersten Wahlen 1919 mit den Bürgerlichen kooperiert zu haben, übersieht, dass beide sozialdemokratischen Parteien in Hessen (-Darmstadt) über keine Mehrheit verfügten. Die nahe der politischen Bedeutungslosigkeit rangierende USPD, die bei den Landtagswahlen im Januar 1919 magere 1,5% erreichte, war kein wirkungsvoller Partner für die SPD. Eine Verbindung der SPD mit der USPD hätte die Kooperation mit dem demokratischen Bürgertum gravierend erschwert. Denn die bürgerlichen Parteien wären wohl kaum mit den Unabhängigen an einen Tisch gebracht worden.

Und auch die Kritik in Richtung Sozialdemokratie, zu wenig auf eine Schubkraft außerparlamentarischer Bewegungen gesetzt zu haben⁵², spiegelt nicht die Zeit und die Machtkonstellationen wider, denn eine solche „außerparlamentarische Bewegung“ mit dauerhaftem politischen Machtanspruch und hohem Mobilisierungspotential der „Massen“ existierte im hessischen Raum nicht. Gewiss spielten die Arbeiter- und Soldatenräte der Großstädte in der Phase des Umbruchs eine bedeutende Rolle und traten mit dem Anspruch auf Mitbestimmung an. Ihr Einfluss und Politisierungsgrad waren größer als die der

Revolutionsorgane in den Klein- und Mittelstädten. Die aktiven Räte in den Großstädten prägten das Bild in den Revolutionsmonaten, ein verzerrendes Bild der tiefen Konflikte, das eben nicht überall in Hessen zutraf. Denn je weiter man sich von den Zentren entfernte, desto geringer war die Wirkung der Arbeiter- und Soldatenräte im politischen Raum. Die kleinstädtischen und ländlichen Regionen waren weit weniger von revolutionären Erschütterungen betroffen. Der zwar nicht immer konfliktfreie, jedoch weitgehend ohne nachhaltige Verwerfungen gekennzeichnete Dualismus von bestehenden Verwaltungen und revolutionären Kräften führte – das gilt weitgehend für Hessen – zu einer raschen Beruhigung der Lage auch in den Städten. Auch wenn sie vereinzelt noch bis weit in das Jahr 1920 bestanden und beim Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920, als rechtsradikale Kräfte die Demokratie stürzen wollten, als Schutzorgane der Republik verteidigten, so ging von ihnen im Allgemeinen, blickt man auf die gesamte hessische Landkarte, keine nachhaltige Strahlung auf das politische Leben aus. Dass von einigen Revolutionsräten wie dem in Gießen nicht einmal bekannt ist, wann sie aufhörten zu existieren, unterstreicht, dass sie mit der Konstituierung demokratischer Körperschaften in den Kommunen ihre eigentliche Existenzgrundlage verloren hatten. Die Arbeiter- und Soldatenräte sahen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit als Wahrer der Ordnung und Wegbereiter in die Demokratie, eben bis zum Zusammentritt demokratisch konstituierter Körperschaften. Dabei setzten sie ganz überwiegend auf die demokratische

Karte. Von der Diktatur der Räte nach russischem Vorbild träumte im revolutionären Deutschland nur eine Minderheit, die radikale Linke, darunter die zum Jahreswechsel 1918/19 gegründete Splitterpartei KPD, die in Hessen nahezu bedeutungslos war. Erst später gewann die KPD an Kraft, überholte in ihrer Hochburg Hanau schon bald die SPD, nachdem die USPD bereits im April 1919 fast geschlossen zur KPD übergegangen war.⁵³

Im demokratischen Lager herrschte dennoch die Furcht vor einem „bolschewistischen“ Umsturz. Gewiss war diese Einschätzung angesichts der Schwäche der Radikalen auch und gerade im Hessischen überzogen, aber sie stand den Akteuren real vor Augen. Das, was sich im revolutionären Russland abgespielt hatte, als die bolschewistische Minderheit im Januar 1918 das gewählte Parlament so einfach auseinandergetrieben hatte, konnte durchaus auch in Deutschland passieren. Dass die junge KPD keineswegs nur eine zu vernachlässigende Randerscheinung in der deutschen Revolution war, offenbarte spätestens die als Spartakus-Aufstand in die Geschichte eingegangene Berliner Januar-Revolution. Kommunisten und radikale Linke wollten den Weg zur Nationalversammlung stoppen und die Diktatur des Proletariats verwirklichen, letztlich trachteten sie danach, die parlamentarische Demokratie zu zerstören, bevor diese überhaupt das Licht der Welt erblickt hatte. Mit dem Putsch scheiterten sie kläglich.

Dennoch kam es auch in Hessen im Frühjahr 1919 zu vereinzelt Unruhen, in denen sich bei Teilen der Arbeiterschaft Enttäuschung über die politische und soziale Ent-

wicklung manifestierte. Einige dieser Ereignisse hatten ihren Ursprung in der Versorgungslage: In Frankfurt kam es Ende März nach einer Senkung der Kartoffelration von fünf auf drei Pfund pro Woche und Kopf zu Ausständen, bei denen 20 Tote zu beklagen waren. Nach Plünderungen in Hanau wurde die Stadt, von linken und linksradikalen Kräften beherrscht, im Februar 1919 durch Regierungstruppen kampflos besetzt. Die Mainmetropole Frankfurt erlebte im Juni 1919 Arbeitslosendemonstrationen.

Auch in Kassel kam es zu Krawallen, die sich an der Weigerung eines Händlers entzündet hatten, Eier zum festgesetzten Richtpreis zu verkaufen. Resultat: vier Tote. In sozialer Hinsicht hielt die Anspannung noch lange an und verschärfte sich im Zuge von Inflation und Wirtschaftskrise. Politisch jedoch festigte sich die Situation. So blieb der Offenbacher Karfreitagsputsch am 18. April 1919, als die von den Kommunisten angeführte radikale Linke gewaltsam die Macht an sich reißen wollte, letztlich eine gescheiterte Episode, die jedoch mit 17 Toten und 26 Verwundeten einen hohen Blut-zoll forderte.⁵⁴ Der Putsch war – für Hessen – der Höhepunkt der zweiten Welle der Revolution, die in den Zentren Berlin, wo es im Frühjahr zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kam, und München, wo eine sozialistisch-kommunistische Räte-republik von Regierungstruppen niedergeschlagen wurde, einen ungleich blutigeren Verlauf nahm.

Dass in der konfliktreichen Situation und im Zeichen der Zwangslagen vielleicht doch ein Mehr an Reformen möglich gewesen sei, mag sein, ob mit einer umfassenden Neuordnung die Demokratie

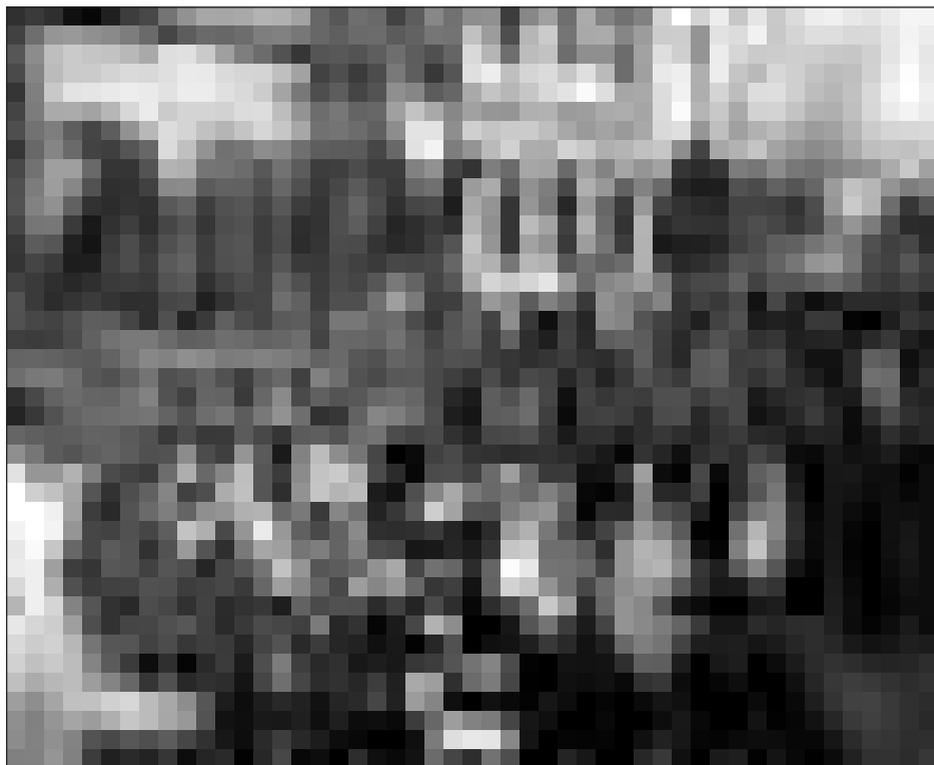
stabiler geworden und dem Ansturm der Nationalsozialisten 1933 widerstanden hätte, bleibt eine hypothetische Frage. Nicht hypothetisch ist die Feststellung, dass die neuen Politikträger im Reich, in den Ländern und den Kommunen auch beachtliche Erfolge vorzuweisen hatten. Am Ende eines vierjährigen Weltkrieges mit all seinen Opfern und Belastungen, in einer Umbruchsphase, wie sie die neuere deutsche (und hessische) Geschichte in solcher Wucht noch nicht erlebt hatte, gelang es, das vom Untergang bedrohte Staatsschiff auf Kurs Demokratie zu bringen. Das Chaos wurde abgewendet; die Verwaltung funktionierte im Großen und Ganzen; die vom Schlachtfeld zurückströmenden Soldaten konnten einigermaßen geordnet in ihre Heimat zurückkehren und in die von einem grundlegenden Wandel betroffene Wirtschaft integriert werden. Die allseits erwartete Hungerepidemie blieb aus, wengleich die Ernährungslage weiter angespannt blieb und viele Familien noch lange unter den Versorgungsmängeln litten. Trotz des Drucks der Ereignisse, der Überlast der Probleme und des engen Zeitkorsetts von wenigen Wochen wurde der totale Zusammenbruch vermieden und der Weg in die Demokratie geplant. Nach nicht einmal drei Monaten konnten demokratische Organe gewählt werden. In dem flächenmäßig kleinen Hessen gelang es, ohne fundamentale Auseinandersetzungen den Grundstein für die Republik in Zusammenarbeit von demokratischer Arbeiterbewegung und demokratischem Bürgertum zu legen. Dazu trug sicherlich auch bei, dass das Großherzogtum vor dem

Krieg nicht von solchen Klassenspannungen geprägt war wie andere Territorialstaaten im Reich. Mit gutem Grund konnte der Sozialdemokrat Scheidemann, der einige Zeit im zur preußischen Provinz Hessen-Nassau gehörenden Marburg und im großherzoglichen Offenbach tätig gewesen war, in seinen Memoiren davon schreiben, dass Hessen(-Darmstadt) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das „freieste deutsche Land“ im Reich gewesen sei.⁵⁵

In beiden Hessen dominierte nach dem Untergang des Kaiserreiches eine von demokratischer Reformpolitik getragene SPD, die den Weg vom Obrigkeitsstaat zur Republik entscheidend prägte und dabei auf Kooperation und nicht auf Konfrontation setzte. In der Übergangsphase sah sie sich mit einem treuhänderischen und zeitlich befristeten Mandat nur zu solchen Neuerungen legitimiert, die auch weite Teile des fortschrittlichen Bürgertums als eine Selbstverständlichkeit betrachteten und somit über die eigene Klientel akzeptiert werden konnten. Dazu gehörten u. a. das Wahlrecht für Frauen und der Achtstundentag. Im unerschütterlichen Glauben an den Volkswillen als dem Souverän der Demokratie lehnte die SPD ein längerfristiges diktatorisches Revolutionsregime ab und übertrug den demokratischen Parlamenten das Recht und die Pflicht, jene grundlegenden verfassungs- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen zu treffen, die eben nicht zum Allgemeinut gehörten oder zumindest von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wurden. Politik musste sich auf das Votum der Mehrheit des Volkes stützen können.

Die Republik auszubauen und zu festigen, war Auftrag der demokratischen Organe. Als der volkstaatliche Landtag am 9. Dezember 1919 die Verfassung verabschiedete, mahnte Landtagspräsident Bernhard Adelung (SPD), dass man zwar eine verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen habe, diese aber nun mit Leben zu erfüllen sei: „Ihr den rechten Geist und die rechte Kraft zu geben, dass muss die Aufgabe des Volkes und seiner Vertreter sein.“⁵⁶ Doch es fehlte an einem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erfassenden demokratischen Grundkonsens und einem allgemeinen patriotischen Republikanismus. Politische Altlasten wirkten noch lange nach. So

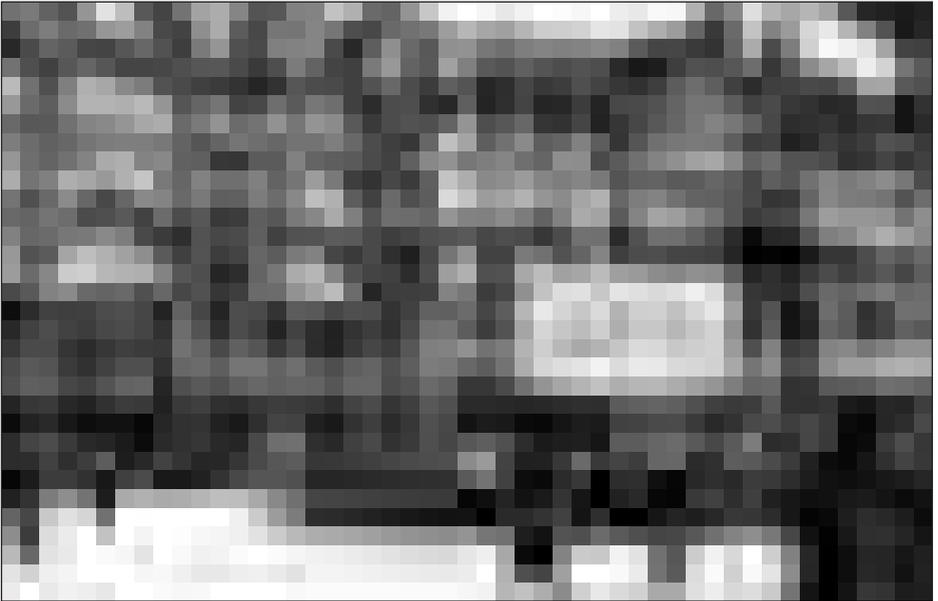
überdauerte antidemokratisches Denken die politische Zäsur am Ende des Weltkrieges und war wesentlich mitverantwortlich, dass die Republik 1932/33, der Volksstaat Hessen bereits ab 1930 sich in einer Lähmungskrise befanden, aus der es dann ungebremst in den Untergang gehen sollte. Doch nicht vermeintliche Unterlassungen in der Revolutionszeit waren hierfür verantwortlich. Die als diskriminierend empfundenen außenpolitischen Belastungen durch den Friedensvertrag von Versailles und die permanenten ökonomischen Zwangslagen, die zehn Jahre nach dem Kriegsende in einer Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes kulminierten, wurden weithin auch



Mit klingendem Spiel: Rückkehr der Truppen in Hanau, Dezember 1918.

der Republik angelastet und erschwerten ihre Akzeptanz in der Bevölkerung. Hinzu gesellten sich eine mangelnde Verfassungstreue der Verfassungsinstitutionen, die Militanz radikaler antidemokratischer Kräfte, aber auch ein eklatantes Versagen des Bürgertums. In der Ver-

bindung von alledem entstand ein explosives Gemisch, das 1933 dafür sorgte, dass die von der organisierten demokratischen Arbeiterbewegung 1918/19 wesentlich begründete und von ihr bis zuletzt entschieden verteidigte Republik zerstört wurde.



Ein vom Arbeiter- und Soldatenrat am Hauptbahnhof Frankfurts aufgestelltes Schild verkündet: „Die Deutsche sozialistische Republik begrüßt Euch. Die alten Gewalten sind durch die Revolution des schaffenden Volkes gestürzt. Künftig seid Ihr Herr Eurer Geschicke.“

Anmerkungen

- 1 „Hessischer Volksfreund“ Nr. 263 vom 8. November 1918.
- 2 Ausführlich beschrieben von CARL ULRICH: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten. Hrsg. von LUDWIG BERGSTRÄSSER, Offenbach 1953, S. 112 ff.
- 3 Bericht des Magistrats Oberursel vom 8. November 1918, in: KARL-HEINZ MÜLLER: Preußischer Adler und Hessischer Löwe. Hundert Jahre Wiesbadener Regierung 1866-1966. Dokumente der Zeit aus den Akten, Wiesbaden 1966, S. 190; vgl. ANGELIKA BAEUMERTH: Oberursel am Taunus. Eine Stadtgeschichte, Frankfurt a. M. 1991, S. 282.
- 4 Mitteilung des Landtagspräsidenten; Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen: 36. Landtag (1914/1918), Protokoll 2, S. 1560.
- 5 Diese Vorgänge schildert Delp im November 1920 vor dem Landtag; sein Bericht ist abgedruckt in: ULRICH [wie Anm. 2], S. 104 ff.

- 6 KARL KNAPP: Der Griesheimer Sand im Kaiserreich, in: ANDREAS GÖLLER/ ANNEGRET HOLTMANN (Hrsg.): Ein Jahrhundert Luftfahrtgeschichte zwischen Tradition, Forschung und Landschaftspflege. Der August-Euler-Flugplatz in Darmstadt-Griesheim, Darmstadt 2008, S. 43-74, hier S. 66.
- 7 Zitiert bei DIETER REBENTISCH: Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975, S. 80.
- 8 DAVID A. JACKSON: Zwischen Kriegern, Küche, Kirche und Kraut. Die Manöver einer südhessischen Mutter im Ersten Weltkrieg, Essen 2014, S. 423.
- 9 JENS GUSTAV ARNDT: In feldgrauer Zeit. Stadt und Garnison Hanau im Weltkrieg von 1914-1918, Hanau 2014, S. 267.
- 10 „Volksblatt“ (Kassel) Nr. 20 vom 24. Januar 1918.
- 11 Verhandlungen Zweite Kammer [wie Anm. 4], S. 1530.
- 12 ULRICH [wie Anm. 2], S. 101.
- 13 „Volksstimme“ Nr. 264 vom 9. November 1918; übertragen bei: NEULAND (1987), S. 94.
- 14 Zitat aus der örtlichen Eschweger Zeitung; HOMEISTER (1987), S. 46.
- 15 Bundesarchiv Koblenz, N 1012, Nachlass Erich Koch-Weser Nr. 12.
- 16 REBENTISCH (1994) S. 424; vgl. NEULAND (1997), mit den Quellen S. 820 ff.
- 17 Verfügung des Staatsministeriums vom 27. November 1918, zitiert bei BRAKE/EHLERS/THIMM (2014), S. 336.
- 18 MUNZ (2012), S. 43.
- 19 Nach den Erinnerungen des seine Kindheit in Fulda verbringenden Günther Willms, 1953-1980 Mitglied des Bundesgerichtshofes; GÜNTHER WILLMS: Geträumte Republik. Jugend zwischen Kaiserreich und Macht ergreifung, Freiburg 1985, S. 29.
- 20 In seinen schon 1918 publizierten Erinnerungen, in: BRAKE/EHLERS/THIMM (2014), 329 f.
- 21 Aufruf im „Darmstädter Tagblatt“ Nr. 313 vom 11. November 1918.
- 22 Bericht vom 7. Januar 1919, in: MÜLLER [wie Anm. 2], S. 194.
- 23 Erklärung vom 12. November abgedruckt bei KARL MALY: Das Regiment der Parteien. Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, Bd. II: 1901-1933, Frankfurt a. M. 1995, S. 276.
- 24 CHRISTOPH WALDECKER: Die Limburger Bürgermeister im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Limburg im Fluss der Zeit, Bd. 2: Vorträge zur Stadtgeschichte, Limburg 2013, S. 237-300, S. 255 ff.
- 25 Resolution der regionalen Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 18. November in Frankfurt; zitiert bei HAREN (2003), S. 117.
- 26 Text bei ALBERT GRZESINSKI: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Hrsg. von EBERHARD KOLB, München 2009, S. 92; Bekanntmachung des Arbeit- und Soldatenrates von Arolsen vom 13. November in GERHARD MENK: Waldecks Beitrag für das heutige Hessen, Wiesbaden 2001.
- 27 „Hessischer Volkfreund“ Nr. 265a vom 10. November 1918.
- 28 NORBERT STIENICZKA: Die Vermögensauseinandersetzungen des Volksstaates Hessen und seiner Rechtsnachfolger mit der ehemals großherzoglichen Familie 1918-1953, in: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde 56 (1998), S. 255-308; Überblick bei ECKHART G. FRANZ: Das Haus Hessen. Eine europäische Familie, Stuttgart 2005, S. 188.
- 29 „Hessischer Volkfreund“ (Darmstadt) Nr. 264 vom 9. November 1918.
- 30 „Hessischer Volkfreund“ (Darmstadt) Nr. 266 vom 12. November 1918.
- 31 Dokumente hierzu im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt, Abt. O 28, Nachlass Carl Ulrich 42.
- 32 „Hessischer Volkfreund“ (Darmstadt) Nr. 281 vom 30. November 1918.
- 33 PHILIPP SCHEIDEMANN: Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S. 211.

- 34 Note der hessischen Regierung und Antwort des Volksbeauftragten Friedrich Ebert (SPD) im „Hessischen Volksfreund“ (Darmstadt) Nr. 275 und Nr. 277 vom 22. und 25. November 1918.
- 35 CHRISTOPH REGULSKI: Klippfisch und Steckrüben. Die Lebensmittelversorgung der Einwohner Frankfurts am Main im Ersten Weltkrieg 1914–1918. Eine Studie zur deutschen Wirtschafts- und Innenpolitik in Kriegszeiten, Frankfurt a. M. 2012, S. 317.
- 36 „Frankfurter Volkszeitung“ vom 28. Dezember 1918 zitiert in: HEINZ BLANKENBERG: Politischer Katholizismus in Frankfurt am Main. 1918–1933, Mainz 1981, S. 29.
- 37 „Neue Tageszeitung“ (Friedberg) zitiert bei MICHAEL STRECKER: Warum war die Hitler-Bewegung in unseren Dörfern bei freien Wahlen so erfolgreich? Ranstadt, Dauernheim und Ober-Mockstadt von 1918 bis 1933, Friedberg 2011 (Wetterauer Geschichtsblätter 60), S. 89.
- 38 Vgl. WALTER MÜHLHAUSEN: Das große Ganze im Auge behalten. Philipp Scheidemann – Oberbürgermeister von Kassel 1920–1925, Marburg 2011, S. 17 ff.
- 39 HÖPKEN (1983), S. 322.
- 40 BRAKE/EHLERS/THIMM (2014), S. 315.
- 41 Zu diesen vgl. INGRID LANGER: Zwölf vergessene Frauen. Die weiblichen Abgeordneten im Parlament des Volksstaates Hessen. Ihre politische Arbeit – ihr Alltag – ihr Leben, Frankfurt a. M. 1989.
- 42 So das sozialdemokratische „Casseler Volksblatt“ vom 25. März 1919, zitiert bei: KERSTIN WOLFF/GILLA DÖLLE: „Respekt für die Provinz“. Kassel – die Stadt der starken Frauenbewegung, ein Streifzug durch 150 Jahre, Kassel 2013, S. 56.
- 43 EVA BRINKMANN TO BROXTEN: Nicht mehr ohne Geld und Macht. Vom politischen Reden und Handeln der Frauen im Hessischen Landtag 1970–1995, Königsstein/Ts. 1996, S. 35.
- 44 „Darmstädter Tagblatt“ Nr. 32 vom 1. Februar 1919.
- 45 Ebd.
- 46 ANDREA WETTMANN: Heimatfront Universität. Preußische Hochschulpolitik und die Universität Marburg im Ersten Weltkrieg, Köln 2000, S. 379 und S. 383.
- 47 BRAKE/EHLERS/THIMM (2014) S. 122.
- 48 FRANZ/KÖHLER (1991), S. 155 ff.; die Zitate Brentanos S. 160.
- 49 HAREN (2003), S. 101.
- 50 Im Überblick: WALTER MÜHLHAUSEN: Die Gründung des Landes Hessen 1945, Wiesbaden 2005 („Blickpunkt“ Heft 4), Neuauflage 2012.
- 51 ECKHART G. FRANZ/KARL MURK (Hrsg.): Verfassungen in Hessen 1807–1946. Verfassungstexte der Staaten des 19. Jahrhunderts, des Volksstaats und des heutigen Bundeslandes Hessen, Darmstadt 1998, S. 387 ff.; auch zum Folgenden mit Abdruck der Verfassung von 1919, S. 384 ff.; dazu FRANZ/KÖHLER (1991), S. 112 ff.; auch KÖHLER (1997), S. 238 ff.
- 52 So etwa die Schlussfolgerung bei KÖHLER (1997), S. 253.
- 53 FRANZ NEULAND: „Auf zum letzten Gefecht“. Spartakusbund und KPD in Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main von 1916/18–1956. Eine Organisationsgeschichte, Bad Homburg 2012, S. 31.
- 54 <https://www.offenbach.de/kultur-und-tourismus/stadtgeschichte/geschichte-offenbach/1900-1932/karfreitagsputsch.php> (abgerufen am 14. März 2018).
- 55 PHILIPP SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928, S. 86.
- 56 Verhandlungen der Volkskammer der Republik Hessen im Jahre 1919. Erster Landtag, Darmstadt 1919, S. 1057.

Weiterführende Literatur (in Auswahl)

Die zahlreichen lokalen Untersuchungen hier anzuführen, die vor allem im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg entstanden und auch die Revolutionsperiode mit in den Blick genommen haben, würde den Rahmen sprengen. Genannt werden daher nur grundlegende regionale wie übergreifende sowie die größeren Städte betreffende Studien.

BRAKE, LUDWIG/EHLERS, ECKHARD/THIMM, UTZ: Gefangen im Krieg. Gießen 1914 - 1919, Marburg 2014

FRANZ, ECKHART G./KÖHLER, MANFRED (Bearb./Hrsg.): Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919 - 1933, Darmstadt 1991

HAREN, TOBIAS: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie, Berlin 2003

HOMEISTER, KONRAD: Die Arbeiterbewegung in Eschwege (1885 - 1920). Ein Beitrag zur Stadt- und Kreisgeschichte, Kassel 1987

HÖPKEN, JÜRGEN: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 bis 1922, Darmstadt/Marburg 1983

JUNG, IRENE/WIEDL, WOLFGANG: Zwischen Propaganda und Alltagsnot. Wetzlar und der Erste Weltkrieg 1914 - 1918, Neustadt an der Aisch 2016

KÖHLER, MANFRED: „Im Sinne der allgemeinen Gerechtigkeit“. Die Verfassung des Volksstaates Hessen von 1919, in: BERND HEIDENREICH/KLAUS BÖHME (Hrsg.): Hessen. Verfassung und Politik, Stuttgart 1997, S. 223 - 257

MUNZ, MARIUS: „Wiesbaden est boche, et le restera“. Die alliierte Besetzung Wiesbadens nach dem Ersten Weltkrieg 1918-1930, Wiesbaden 2012

NEULAND, FRANZ: Die Matrosen von Frankfurt. Ein Kapitel Novemberrevolution 1918/19, Frankfurt a. M. 1991

NEULAND, FRANZ: Marinemeuterei und Arbeiterstreik. Von der Novemberrevolution bis zur Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches (1918 - 1920), in: JUDIT PAKH (Bearb.): Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832-1933, Bd. 2: Vom Ersten Weltkrieg bis zur faschistischen Diktatur 1914-1933, Frankfurt a. M. 1997, S. 775 - 819

REBENTISCH, DIETER: Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, in: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Hrsg. von der Frankfurter Historischen Kommission, Sigmaringen 1994, S. 422 - 519

Residenz - Festung - Kurstadt 1914 - 1918. Darmstadt, Mainz und Wiesbaden im Ersten Weltkrieg. Eine Ausstellung der Stadtarchive Darmstadt, Mainz und Wiesbaden zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs, Darmstadt o. J. [2014]

Blickpunkt Hessen

In dieser Reihe werden gesellschaftspolitische Themen als Kurzinformationen aufgegriffen. Zur Themenpalette gehören Porträts bedeutender hessischer Persönlichkeiten, hessische Geschichte sowie die Entwicklung von Politik und Kultur. Hrsg.: Angelika Röming. Bisher sind erschienen:

- Blickpunkt Hessen 1: Erwin Stein – Mitgestalter des neuen Bundeslandes Hessen
Blickpunkt Hessen 2: Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945
Blickpunkt Hessen 3: Carl Ulrich – Vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten
Blickpunkt Hessen 4: Die Gründung des Landes Hessen 1945
Blickpunkt Hessen 5: Eugen Kogon – Ein Leben für Humanismus, Freiheit und Demokratie
Blickpunkt Hessen 6: Hessische Grenz Museen: Point Alpha und Schiffersgrund
Blickpunkt Hessen 7: Hess. Partnerregionen: Emilia-Romagna, Aquitaine, Wielkopolska, Wisconsin, Jaroslaw
Blickpunkt Hessen 8: Oskar Schindler – Vater Courage
Blickpunkt Hessen 9: Lokaljournalismus zwischen Weimarer Republik und NS-Zeit am Beispiel der Bensheimer Presse
Blickpunkt Hessen 10: 1908: Studentinnen in hessischen Hörsälen
Blickpunkt Hessen 11: Die Spielregeln der Demokratie in den hessischen Gemeinden – 200 Jahre Magistratsverfassung
Blickpunkt Hessen 12: Leben und Wirken Georg Büchners und seiner Familie in Hessen
Blickpunkt Hessen 13: Kleindenkmale schreiben Geschichte: Historische Grenzsteine in Hessen
Blickpunkt Hessen 14: Nachhaltigkeit in Hessen – Ansätze für kommunales Handeln
Blickpunkt Hessen 15: Als die Synagogen brannten – Die November-Pogrome 1938 in Hessen
Blickpunkt Hessen 16: „... weit mehr als ein Gerichtsverfahren ...“
Der Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965 in Frankfurt am Main
Blickpunkt Hessen 17: Christian Stock (1884–1967) – Arbeiterführer, Sozialpolitiker, Ministerpräsident
Blickpunkt Hessen 18: Der „20. Juli 1944“ und Hessen – Ein Rückblick nach 70 Jahren
Blickpunkt Hessen 19: Die Karriere einer Ausstellung – 60 Jahre documenta
Blickpunkt Hessen 20: Die Entstehung der Hessischen Verfassung 1946
Blickpunkt Hessen 21: Georg August Zinn – Baumeister des modernen Hessen
Blickpunkt Hessen 22: Philipp Scheidemann – Arbeiterführer und Republikgründer
Blickpunkt Hessen 23: Ein ermutigendes Frauenleben: Elisabeth Selbert
Blickpunkt Hessen 24: Ein Leben für Freiheit und Gerechtigkeit – der hessische Zentrumspolitiker Friedrich August Bockius